

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Jahrespreis 10 Mark, monatlich 84 Pfennig. Reichsmark voran zahlen. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Witz und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“ und „Kulturwoche“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumverteilung 20 Zeilen, 10 Zeilen 15 Pfennig, 5 Pfennig. „Kleine Anzeigen“ des Monatshefts, 10 Pfennig (außer zwei freierdruckte Zeilen). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Zeilen. Werbebotschaften 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Druckgeschäft, Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhofs 292-297.

Sonnabend, den 8. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW. 68 - Bankhaus: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Distributions-Gesellschaft, Postfach 100, Lindenstr. 4.

Hitler war immun.

Bayerns Angst vor den Rechtsverbänden - Die Weisung des Justizministeriums

München, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

In der weiteren Vernehmung über die Vorgänge des Jahres 1923 in Bayern führte der bayerische Justizminister Dr. Gürtner vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags nach aus:

Es steht fest, daß Lössow und Seifner von Hitler selbst darüber unterrichtet waren, was für den 1. Mai geplant war. Zweifellos war Hitler für alles, was am 1. Mai geschah, verantwortlich zu machen.

Hitler konnte sich aber bei Gericht darauf berufen, die Regierung von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt zu haben.

Daß der zuständige Minister Dr. Schwepfer nicht unterrichtet war, ändert strafprozessuallich nichts an dieser Tatsache. Zur Beurteilung der Frage, ob der Putsch vom 9. November verhindert worden wäre, wenn das Verfahren vom 1. Mai rechtzeitig abgeschlossen worden wäre, muß man sich vor Augen halten, daß das Verfahren über die Vorgänge des 1. Mai keinen großen Schaden hätte und wohl höchstens beschränkte Freiheitsstrafen herausgekommen wären. Bedingt aus Gründen der Sicherheit und Ruhe kam ich nach Anhörung des staatsanwaltschaftlichen Berichts zu dem Entschluß, das Verfahren auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Puttschisten gegen Bayernregierung.

Es beginnt nun ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hoegner fragte den Zeugen, ob ihm bekannt gewesen sei, daß die Nationalsozialisten an denselben Sammelplätzen aufmarschieren wollten, wie die freien Gewerkschaften, ob er ferner wisse, daß die Kampfverbände sich bemüht hätten, daß sie eventuell gegen die Regierung handeln würden. Gürtner bejahte diese Frage. Eine weitere Frage, ob dem Minister nicht vorgeschlagen worden sei, den Putsch, nachdem München nicht geeignet war, an einem anderen Orte durchzuführen, verneinte der Zeuge.

Anschließend folgte die Vernehmung des Landgerichtspräsidenten Stenglein, dem damaligen 1. Staatsanwalt in München. Dieser äußerte sich über den Gang des Vorverfahrens und berichtete, daß nach Abschluß der Ermittlungen im August

eine Weisung des Justizministeriums

gekommen sei, über die bisherigen Erhebungen ein Resumé einzufenden. Dem Zeugen war dieser Ausgang nur recht, weil durch die Staatsanwaltschaft die Verantwortung für den weiteren Verlauf abgegeben werden konnte. Bei der Besprechung mit dem Justizminister über das vom dem Staatsanwalt angefertigte Resumé sei der Vorschlag gemacht worden, daß der Generalstaatskommissar Kahr verständigt und über den für die Verhandlung geeigneten Zeitpunkt gehört werden sollte. Er sei auch noch jetzt der festen Überzeugung, daß, wenn der Hitler-Putsch vom 8. November nicht gekommen wäre, die Stellung Kahrs und damit die politische Konsolidation eine detail gezielte gewesen wäre, daß der Putsch noch im November hätte stattfinden können. Er habe nie den Ein-

druck gehabt, daß es sich darum handelte, in einer mit dem Gesetz nicht zu vereinbarenden Weise auf das Verfahren einzuwirken.

Der nächste Zeuge, der Strafrechtsreferent im Justizministerium, Ministerialrat Dürr, erklärte, die Justiz sei allerdings der Auffassung, daß ein Strafverfahren so rasch wie möglich durchgeführt werden müsse. Damals habe man aber vor der Frage gestanden, ob es verantwortet werden könne, daß zu diesem Zeitpunkt der Prozeß geführt wird. Dabei sei in Betracht gezogen worden, daß durch eine Beurteilung wegen § 127 die nationalsozialistische Bewegung kaum aufgehalten worden wäre. Jedenfalls hätte die Hauptverhandlung die größte Beunruhigung hervorgerufen. Auf eine weitere Frage erklärte der Zeuge, daß in der ganzen Angelegenheit mit dem Justizminister Besprechungen stattgefunden hätten. Erst bei der letzten Besprechung sei dann der Beschluß gefaßt worden, Weisungen an die Staatsanwaltschaft ergehen zu lassen. Der Zeuge konnte sich aber nicht mehr erinnern, jemals mit dem Referenten der Staatsanwaltschaft gesprochen oder telephoniert zu haben. Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Hoegner erwiderte der Zeuge, er glaube sich erinnern zu können, daß der Justizminister mit dem Ministerpräsidenten über die Angelegenheit gesprochen habe und auch dieser der Auffassung war, daß das Verfahren in dem jetzigen Zeitpunkt nicht durchgeführt werden könnte.

Letzter Zeuge war Landgerichtsrat Dreffe, der in dem Verfahren die staatsanwaltschaftliche Voruntersuchung geführt hatte. Er sagte aus, daß nach der Vernehmung Dr. Kahrs am 1. August das Vorverfahren im Sinne des Volksgerichtsgesetzes abgeschlossen war. Dann sei vom Ministerium die Weisung gekommen, einen Sitzungsantrag erst dann zu stellen, wenn die entsprechende Weisung vom Ministerium komme. Nach dem 1. April 1924 habe er an einer Besprechung mit dem Justizminister teilgenommen, um über die weitere Behandlung zu beraten. Der Zeuge machte hierbei selbst den Vorschlag, das Verfahren nach § 154 der neuen Strafprozessordnung einzustellen, weil, wie er mündlich erklärte,

nach dem, was wir am 1. April in der Blumenburgstraße erlebt haben (Urteil im großen Hitler-Prozeß) nichts anderes mehr möglich

war. Was das Gerücht über das angebliche Telefongespräch betrifft, so glaubt der Zeuge, daß es sich um eine Verwechslung mit einem anderen Telefongespräch des Ministerialrats Dürr handelte, der die Staatsanwaltschaft aufgefordert hatte, ihre Beschwerde gegen den Bewährungsstrafbeschuß im Hitler-Prozeß zurückzuziehen.

Der Ausschuss verzichtet auf Vertheidigung.

Nach dieser Zeugenvernehmung kam der Ausschuss überein, auf die Vertheidigung der Zeugen zu verzichten. Ein Vorschlag des deutschen Nationalen Vertreters, der Ausschuss solle eine den Justizminister rehabilitierende Erklärung formulieren, wurde vorläufig abgelehnt. — Die nächste Sitzung, die für den kommenden Mittwoch anberaumt ist, wird vertraulich sein.

Ein Wort zur Länderkonferenz.

Und laßt uns wieder von der Einheit reden!

Von Carl Severing.

Im Anschluß an den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten sind die Ministerpräsidenten der Länder am letzten Montag zu einer Konferenz zusammengetreten, in der auch das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern erörtert worden ist. Das war übrigens derselbe Oktobertag, an dem vor vier Jahren die bewaffneten „Nationalkommunisten“ von Kärnten unter Führung des eben begnadigten Majors Buchrader dieses Problem durch Errichtung einer Art Diktatur zu lösen versuchten und in einer Reihe von rheinischen Städten die Separatisten das Glend der deutschen Kleinstaaterei durch die Errichtung neuer Sonderstaaten zu vermehren sich anstrebten. Die Anschläge jenes blutigen Herbsttages sind zwar abgewehrt worden. Die „Verprechtung“ Deutschlands, geplant durch eine norddeutsche Diktatur, mißlang ebenso gründlich, wie die Gründung der rheinischen Republik. Den politischen Krisenjahre 1921—1923 folgten Jahre einer allmählichen Beruhigung und wirtschaftlichen Festigung. Aber auf dem Wege zum Einheitsstaat, in der Lösung des Problems Reich und Länder, sind wir kaum weiter gekommen, obgleich die Notwendigkeit einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden besonders fühlbar schon mit der Stabilisierung der Währung zu Beginn des Jahres 1924 hervortrat.

Nun soll auf Beschluß der Länderkonferenz vom letzten Montag in nächster Zeit eine Sonder Sitzung von Vertretern der Reichs- und Länderregierungen zusammenkommen, um nach Anhörung von Referaten und Korreferaten das Verhältnis zwischen Reich und Ländern wieder einmal zu erörtern. Es wäre voreingenommen und töricht zugleich, schon im voraus den Wert dieser Erörterung herabzusetzen zu wollen. Wenn private Organisationen die Fragen des Einheitsstaates andauernd in den Mittelpunkt ihrer Diskussionen stellen, wenn politische Parteien, wenn die Sozialdemokratische und Demokratische Partei Ausschüsse einsetzen mit der Zweckbestimmung, die Wege zum Einheitsstaat zu prüfen und gesetzgeberische Vorarbeiten zu leisten, wenn der Deutsche Städte- und Gutachten von Staatsrechtlern über die zweckmäßigste Lösung des Problems einholen will — warum sollen denn nicht auch die Vertreter des Reiches und der Länder selbst das staatsrechtliche Verhältnis erörtern? Ihre Beratungen berechtigen doch am ehesten zu der Hoffnung, daß sie zu einem praktischen Ergebnis führen, daß den Wünschen und Worten die Tat folgt. . .

Und doch wird man gut daran tun, diese Hoffnungen nicht allzu hoch zu spannen. Die geplante Sonder Sitzung erinnert an die vor langen Jahren vom Reich eingelegte Kommission zur Neugliederung des Reiches. Auch diese Kommission hat das Problem gründlich erörtert und in mehreren wertvollen Gutachten Vorschläge zur Lösung von Einzelfragen, deren Verwirklichung praktische Schritte auf dem Wege zum Einheitsstaat hätten werden können, den beteiligten Einzelländern unterbreitet. Aber zu einem praktischen Ergebnis haben diese Arbeiten der Kommission bisher nicht geführt, und es gehört keine besondere Prophezeiung dazu, um vorauszusagen, daß über Erörterungen die geplante Sonder Sitzung ebenfalls nicht hinauskommen wird. Seit Staatsumwälzung und Weimar drängen die Anhänger des Einheitsstaates auf seine Verwirklichung, erklären die konservativen Elemente in allen Einzelstaaten aber ebenso entschieden, daß sie an dem föderativen Charakter der Reichsgliederung festhalten wollen. Welche Gruppe die stärkere ist, läßt sich ziffernmäßig nicht nachweisen. Die Mandatszahl der politischen Parteien gibt um deswillen kein zutreffendes Bild, weil besonders in den Parteien der Mitte Anhänger und Gegner des Einheitsstaates vereint sind. Für die Verfechter des Einheitsstaates ist die Situation in den letzten Jahren unfehlbar günstiger geworden. Die Finanznot der Gemeinden und der Länder zwingt aber zu der Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung der Kleinstaaterei nicht nur ein überflüssiger, sondern auch ein sehr teurer Luxus ist, den abzustellen im Hinblick auf den Steuerdruck, der auf den Massen und der Wirtschaft lastet, zur unabwendbaren Pflicht wird. Es wird zwar bestritten, daß die Verwaltung eines einheitlichen Reiches billiger arbeiten würde, als der Apparat des Reiches und der Einzelländer von heute. Indes steht diese Behauptung auf so schwachen Füßen, daß es kaum lohnt, dagegen anzugehen. Nicht ohne Grund sind es gerade die Vertreter der finanziell schwachen Länder, die für den Einheitsstaat eintreten. Sie erfahren und beklagen es täglich, wie irrational der Verwaltungsapparat ihres Landes, der ein größeres Gebiet erfassen könnte, arbeiten muß. Auch die Stimmung gegen Berlin, in der sich eine Art Reichsverdrossenheit ausdrückt, ist selbst in Bayern nicht mehr in dem Umfang und in dem Grad vorhanden, wie noch vor einigen Jahren. Die verantwortlichen Kreise sehen ein, daß Einheitsstaat nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit einer Zentralisation, die die Eigenart der deutschen Stämme ignoriert und jedes Stammeseigenleben ertötet. Insofern

Kampf dem Keudellschen Schulgesetz!

Stellungnahme der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Freitag mit dem Reichschulgesetzentwurf der Reichsregierung. Die Aussprache ergab volle Einigkeit darüber, daß der Keudellsche Entwurf auf das schärfste abzulehnen ist und alle Bestrebungen zur Konfessionalisierung der Volksschule abzuweisen sind. Von einer formulierten Stellungnahme wurde vorläufig abgesehen, da zunächst das Ergebnis der Beratungen des Reichsrats über die Anträge der Länderregierungen abgewartet werden soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als Redner zum Reichschulgesetzentwurf die Abgg. Schreck und Dr. Löwenstein bestimmt.

Überfüllte Volksschulklassen in Preußen.

Der Reichstädtetbund, die Organisation der kleineren Städte, hat sich an den preußischen Kultusminister gewandt und auf einen Beschluß des Landtags hingewiesen, der das Staatsministerium erjudet, die festgesetzte Schülerzahl, bei deren Ueberschreiten eine Volksschulklasse als überfüllt gilt, von 60 auf höchstens 50 herabzusetzen. Daraus hat der preußische Kultusminister eine Antwort erteilt, in der es heißt, daß der Anregung des Landtags, die festgesetzte Schülerzahl, bei deren Ueberschreiten eine Volksschulklasse als überfüllt gilt, von 60 auf 50 herabzusetzen, bei der wirtschaftlichen Notlage der Schulverbände zurzeit nicht nähergetreten werden kann.

Trotz dieser unzulässigen Zustände wagt es die Reichsregierung, das Keudellsche Gesetz einzubringen, das die Schullasten der Ge-

meinden noch erhöht und dabei das deutsche Schulwesen um Jahrzehnte zurückwirft!

Der zuständige Ausschuss des Reichsrats hat am Freitag die erste Lesung des Reichschulgesetzes beendet. Mit der zweiten Lesung will man am Montag beginnen. Die dritte Lesung soll so erfolgen, daß das Gesetz am 17. Oktober dem Reichstag vorgelegt werden kann. Der Wiederzusammentritt des Reichstags zu diesem Termin ist so gut wie sicher.

Rakowskis Abberufung gefordert.

Die französische Note in Moskau überreicht.

Paris, 7. Oktober

Wie Savas mitteilt, hat der französische Botschafter in Moskau heute vormittag vom Minister des Auswärtigen, Beldand, die letzten Instruktionen erhalten, um offiziell die Abberufung Rakowskis zu fordern. Er werde diese Instruktionen heute abend Tschitscherin in Form eines motivierten Schreibens mitteilen. Die verschiedenen zwischen Frankreich und Rußland ausgetauschten Noten werden zweifellos morgen nach Beendigung des Ministerrats veröffentlicht werden.

Chamberlain und Jaleski in Paris.

Paris, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Der englische Außenminister Chamberlain ist am Freitag vormittag in Paris eingetroffen. Am Nachmittag kam auch der polnische Außenminister Jaleski in Paris an. Man erwartet, daß er ebenfalls die Gelegenheit wahrnehmen wird, mit Chamberlain persönlich zusammenzutreffen.

also hat sich die Situation für den Einheitsstaat gebessert. Entscheidende Schritte zu seiner Verwirklichung sind jedoch nur zu erwarten, wenn die Reichsregierung entschlossen die Führung dazu übernimmt. Wie aber sieht es damit aus? Das in den Jahren, in denen die Regierung ihre ganze Kraft darauf verwenden mußte, um die Substanz des Reiches zu schützen, die Frage seiner Neugliederung zurückgestellt wurde, ist durchaus verständlich. Verständlich war es auch, wenn in Zeiten politischer Hochspannung sich die Reichsregierung in der Frage des Einheitsstaates eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, um den Eindruck zu vermeiden, als ob sie ohne zwingende Veranlassung den in der Verfassung festgelegten föderativen Charakter des Reiches ändern und den Einzelstaaten die Oberhoheit des Reiches auf allen Gebieten förmlich aufdrängen wollte. Aber diese Zurückhaltung ist allmählich zu einer gewohnheitsmäßigen Passivität geworden, obwohl es an hitzigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Ressorts der Reichsregierung und einzelnen Ländern über die Grenzen der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten nie gefehlt hat. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet gewinnen die Erörterungen in der letzten Länderkonferenz eine gewisse Bedeutung. Sie haben der Reichsregierung gezeigt, daß die finanzielle Lage der Einzelstaaten ein lässiges Gehen- und Geschehenlassen nicht mehr erträgt, und nun müßte für sie die Aufforderung der Einzelländer zur Stellungnahme Legitimation genug sein, um die Führung der Bewegung zum Einheitsstaat zu übernehmen.

Vom Reichsfinanzminister darf man annehmen, daß er nicht nur die finanziellen Räte der Einzelstaaten, sondern auch den ungeheuren Leerlauf in den vielen Zweigen der Verwaltung, das zeit- und kraftraubende Neben- und Gegeneinandergeräten kennt. Aber Verfassungsminister ist der Reichsminister des Innern, und dessen Ideal ist die „Souveränität der Länder“. Als im Frühjahr der neugewählte Innenminister v. Neudell dieses Wort prägte, ist er dafür von einem großen Teil der Linkspresse scharf kritisiert worden, so daß er sich demühtig fühlte, den Begriff von der Souveränität der Länder — „wie er ihn auffaßt“ — in einem Interview mit dem Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ausdrücklich so zu interpretieren:

Ich habe damit sagen wollen, daß den Ländern auf bestimmten Gebieten ihre Einzelstaatlichkeit unbedingt gewahrt bleiben muß, denn ich bin der Ansicht, daß daraus Lebenskräfte entstehen, die für die Zukunft des Reiches außerordentlich bedeutungsvoll sind.

Diese Interpretation und ihre Begründung haben den ungünstigen Eindruck des Wortes von der „Souveränität der Länder“ keineswegs gebessert. Wer die Einzelstaatlichkeit unbedingt gewahrt wissen will, kann in der Bewegung, die alle staatlichen Kräfte zusammenfassen statt zersplittern will, nicht Führer sein. Und wer aus der Wahrung der Einzelstaatlichkeit Lebenskräfte für die Zukunft Deutschlands erwartet, der muß blind geworden sein gegenüber der Entwicklung der wirtschaftlichen, steuerlichen und verkehrspolitischen Verhältnisse Deutschlands. Ungefähr vier Wochen vor seinem Münchener Interview hat ein Parteifreund des Herrn v. Neudell, der Provinziallandtagsabgeordnete Freiherr v. Winkowitsch, im Landtag der Provinz Sachsen darüber gesagt, daß dem Handel und dem gewerblichen Verkehr heute noch fast die gleichen Hindernisse durch die örtlichen Verhältnisse und die Handelsgrenzen entgegenstehen wie vor hunderten Jahren. Beim Bahnprojekt Merseburg—Leipzig — so führte er an — mußten beteiligt werden: die Reichsinstanz, zwei Landesregierungen, ein Kreisoberhaupt, ein Amtshauptmann, ein Regierungspräsident und ein Landrat, so daß die Beteiligten nicht mit Unrecht meinten, es sei einfacher, den direkten transkontinentalen Personenverkehr von Berlin durch Rußland nach Sibirien zu führen, als von Merseburg nach Leipzig. Und diese bürokratisch-parlamentarischen Bremsstöße sind für Herrn v. Neudell Lebens-

kräfte, die für die Zukunft des Reiches außerordentlich bedeutungsvoll sind! —

Es ist anzunehmen, daß auf der geplanten Sonderkonferenz alle die sonderbaren Willen gezeigt werden, die die Kleinstaaterei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens heute treibt. Aber es muß wenig, wenn alle diese Dinge der Regierung nur zur Kenntnis gebracht oder — nach einem anderen Grad des parlamentarischen Wohlwollens — als Material überwiesen werden. So sehr eine Initiative der Länder, die sich freilich nicht auf Klagen und auf Bittschriften beschränken dürfte, zu wünschen wäre zur Verbreiterung der Basis der Einheitsfreunde — wirksam kann allein die Initiative des Reiches werden. Es ist nicht zu erwarten, daß die derzeitige Reichsregierung darin vorangeht. Darum muß es unsere Aufgabe sein, durch die nächsten Wahlen eine Regierung zu schaffen, die gewillt und imstande ist, das deutsche Volk aus dem Elend der Kleinstaaterei zur deutschen Nation zu führen.

Eine bedeutsame Wahl.

Hamburger Bürgerstimmwahl am Sonntag.

Am Sonntag, dem 9. Oktober, wird die Hamburger Bürgerstimmwahl, Stadtparlament und Landesparlament zugleich, neu gewählt. Da das Wahlenwahlsystem im Reiche keine Nachwahlen zuläßt, so müssen Landtagswahlen und Kommunalwahlen als politische Stimmungsmesser dienen. In einem Jahre wird im Reiche die große Auseinandersetzung mit dem Bürgerblock erfolgen. Jede Wahl, die in der Zwischenzeit erfolgt, gibt im voraus Anhalt zur Beantwortung der Frage, ob die Bürgerblockpolitik die Zustimmung des Volkes hat.

Die Kommunalwahlen in Altona und Wandsbek haben die Sozialdemokratie in entschiedenem Vormarsch gezeigt; wir hoffen, daß die Hamburger Wahl denselben Gesamteindruck hervorrufen wird.

Die letzte Wahl zur Hamburger Bürgerstimmwahl erfolgte am 26. Oktober 1924 — zwischen den Maiwahlen und den Dezemberwahlen zum Reichstag. Sie zeigte, daß die reaktionäre Welle überwunden war und brachte der Sozialdemokratie schöne Fortschritte gegenüber allen bürgerlichen Parteien und gegenüber den Kommunisten. An der Wahl vom 26. Oktober 1924 beteiligten sich 537 321 Personen von 813 396 Wahlberechtigten. Es erhielten Stimmen und Bürgerstimmmandate:

Sozialdemokraten	173 358 Stimmen	53 Sitze
Kommunisten	78 522	24
Demokraten	70 622	21
Deutsche Volkspartei	74 604	24
Deutschnationale	60 628	28
Nationalistische	13 405	3
Zentrum	8 508	2
Gewerbetreibende	6 652	2
Wähler	6 962	2
Wohnungsuchende	8 405	1

Ferner fielen Stimmen, aber keine Sitze auf fünf weitere Splitttergruppen. Die beiden Mietervertreter schlossen sich der Sozialdemokratie an, die beiden Gewerbetreibenden den Demokraten, die Zentrumsvertreter der Deutschen Volkspartei. Auf Grund der Zusammensetzung der Bürgerstimmwahl wurde der Senat von einer Koalitionsmehrheit aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei im Verhältnis 7:4:4 gebildet. Er verfügte damit in der Bürgerstimmwahl über 104 Sitze von 160. Da Demokraten und Sozialdemokraten zusammen über 78 Sitze in der Bürgerstimmwahl verfügten, wäre eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse leicht möglich.

Der Wahlkampf ist von der Sozialdemokratie mit großem Eifer gegen Deutschnationale und Kommunisten geführt worden. Die Kommunisten haben während des Wahlkampfes mit den gemeinsten Lügen gegen die Sozial-

demokratie gearbeitet, sie haben sich als treue Helfer der Deutschnationalen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie erwiesen. Die Deutschnationalen sind während des Wahlkampfes in eine Verwirrung geraten. Graf Westarp, der am Donnerstag in Hamburg sprach, kann davon erzählen. Er bezeichnete die Stresemannsche Außenpolitik als notwendig — die Hamburger Deutschnationalen haben in der Agitation das Gegenteil behauptet. Er verteidigte die Haltung seiner Partei in der Aufwertungsfrage — worauf die entrüsteten Inflationsoffer ihm in entrüsteten Zwischenrufen die Haltung seiner Partei in der Frage der Ruhenischädigung entgegenhielten. Zum Schluß wurde er ausgepfiffen. Ueble Erfahrungen für den Chef der stärksten Partei des Bürgerblocks!

Gefängnis für antisemitische Verleumder.

Kopfschlag zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

In der Sache Kopfschlag und Genossen verurteilte nach zweifundiger Beratung das Schöffengericht Neudamm folgendes Urteil: Der Verleger und Schriftsteller Kopfschlag wird wegen Verleumdung des Ministerpräsidenten Braun zu einem Monat Gefängnis verurteilt; der Nebenkläger erhält die Publikationsbefugnis des Urteils im „Berliner Tageblatt“, im „Total-Anzeiger“ und „Vorwärts“; alle Exemplare der Broschüre „Herr Ministerpräsident Braun, wer ist Oppenheimer?“ fallen der Beschlagnahme anheim; die Platten und Formen sind zu vernichten.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Paulus u. a. aus: In der Broschüre ist das in Frage kommende Protokoll vollständig falsch zitiert worden. Die an dieses falsche Protokoll angehängten Ausführungen waren aber im höchsten Grade geeignet, den Ministerpräsidenten Braun in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen. Das Gericht konnte sich dagegen nicht die Meinung des Staatsanwalts und Nebenklägers zu eigen machen, die Broschüre habe die Auffassung vertreten, daß Braun sich auch persönlich Gelder angeeignet habe. Auch der Ministerpräsident selbst hatte ja als Zeuge gesagt: „Es fehlt nur noch, daß mir auch dieser Vorwurf gemacht würde.“

Die Angeklagten Bafe, Unger und Kramer waren dagegen freizusprechen. Es konnte nicht festgestellt werden, daß sie bei ihrer Unkenntnis über die Unterlagen der Broschüre sich deren beleidigenden Charakters bewußt gewesen waren.

So das Urteil. Herr Kopfschlag hat sich erst im letzten Augenblick dazu bequemt, zu erklären, daß er die Drucklegung der Broschüre nicht veranlaßt hätte, wenn ihm der Text des Protokolls bekannt gewesen wäre. Der Verfasser der Verleumdungsschrift hat aber seine gestrichelten, nachdem er unter dem Pseudonym „Spectator“ in der Vorbemerkung zu seiner Schmähschrift das Maul so voll genommen hat. Er sagt da wörtlich in Fettdruck:

„Doch wenn Herr Ministerpräsident Braun, der von Herrn Oppenheimer in einem einzigen Falle die runde Summe von vier Millionen Goldmark für die sozialdemokratische Landagitation auf einem Brett bekommen hat, in dieser Sache ein Täzlein wagen will: wir sind bereit, Herr Ministerpräsident.“

Ministerpräsident Braun hat das Täzlein gewagt. Herr Spectator läßt aber in aller Seelenruhe seinen antisemitischen Gesinnungsgenossen, Herrn Kopfschlag, zu einem Monat Gefängnis verurteilen; er denkt gar nicht daran, selbst das Täzlein zu wagen.

Da hatte Genosse Landsberg wohl recht, als er in seinem Plädoyer sagte, daß ihm selten ein Fall vorgekommen sei, wo der vom Angeklagten angebotene Beweis so sechsigeslagen hätte wie hier.

Es ist nicht anzunehmen, daß die antisemitischen Fälscher und Chrabrühner durch diesen Prozeß eines Besseren belehrt werden. Ist ihnen diesmal der Lügenfeldzug mißlungen, so werden sie ein andermal irgendeine neue Gelegenheit wahrnehmen, ein ähnliches Fälschertunstückchen zu versuchen.

Eine Balkanplünderung in Prag will die rumänische Polizei aufgeklärt haben, jedenfalls hat sie mehrere Leute verhaftet. Für wen sie spionierte haben sollen, wird nicht gemeldet.

Das Preisausschreiben.

Wahrlich, das Leben ist nicht einfach, und immer neue Probleme drängen sich der gequälten Menschheit auf. Eine französische Zeitschrift hatte die Preisaufgabe gestellt, ein Programm auszuarbeiten, wie man 10 000 Franken, etwa 1600 Mark, in zwei Stunden auf die eleganteste, aber nicht auf verschwenderische Weise ausgeben könne. Die Idee schlug ein. 12 000 Leute ließen ihre Phantasie spielen und zerbrachen sich den Kopf darüber, wie man, wenn man das Geld hätte, es anzustellen habe, daß man es so bald wie möglich nicht mehr habe. Ein Fließschuster namens Grandier ging als Sieger aus dem Wettbewerb hervor. Vermutlich wäre er sehr glücklich gewesen, wenn der Zeitungsverlag sich mit dem Plane als solchen begnügt und ihm die 10 000 Franken ausgehändigt hätte, auf daß er sie in aller Ruhe nach seinen privaten Wünschen, also keinesfalls innerhalb zweier Stunden nach dem Plane verwende. Aber wenn ein armer Fließschuster schon wirklich einmal mit seinen Phantasien über das Leben eines eleganten Mannes den Ansprüchen einer Zeitschrift genügt, dann wird er natürlich, bei seinem Besche, laut den Bedingungen des Preisausschreibens, gezwungen, dieses Leben auch zu verwirklichen.

So aber gab Herr Grandier unter Kontrolle des Preisrichterkollegiums im wesentlichen die 10 000 Franken aus: Er mietete ein Luxusauto für 250 Franken, kaufte einen Blumenstrauß für 500 Franken, ein bibliophiles Buch für 1000 Franken, eine Flugzeugkarte nach London für 2700 Franken, einen Opernplatz und ein wertvolles Handtäschchen. Außerdem spielte er sehr lukullisch und zwischendrin gab er Bettlern und der Heilsarmee größere Almosen. Dies getan, schlug es zwölf, und Herr Grandier mußte wieder stichschäffeln gehen.

Wir aber werden, wie wir so hören, wie das preisgekürnte Programm des Siegers gelaute hat, ein wenig nachdenklich. Zwölftausend haben sich beworben gehabt, und der den Vogel abschloß, hatte nur dies vorzuschlagen gewußt: Ein bißchen spazieren fahren, ein bißchen sich satt fressen, ein prächtiges Prachtbuket, eine bibliophile Schwärze auf Wästen und in Schweinsband. . . Reichtum macht dumm. Das ist eine alte Sache. Aber er macht auch phantastisches. Und nicht nur die, die ihn wirklich belügen, sondern auch schon jene, die ihn belügen möchten.

Es hat sich also herausgestellt: Eine Phantastie, die sich damit beschäftigt, wie man 10 000 Franken in zwei Stunden ausgeben könnte, die ist nicht sehr fruchtbar. Es kommt nicht viel heraus dabei. Ich schloge deshalb jener französischen Zeitschrift vor, ein neues Preisausschreiben zu veröffentlichen, des Inhalts, daß derjenige 10 000 Franken erhält, der den besten Plan unterbreitet, wie man diese Summe verbringt, der es ermöglicht, 10 000 Franken in zwei Stunden auf elegante Weise auszugeben.

Ich glaube, daß hierbei phantastischere und lebensschafflichere Vorschläge gemacht würden. Vielleicht würde wieder ein armer

Fließschuster als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgehen, und es wäre doch sehr nett, wenn er zur Belohnung für seine geistige Leistung nicht genötigt würde, sich einen Tag lang den Magen zu verstopfen, sondern in den Stand gesetzt, ihn sich viele Tage ordentlich zu füllen. Hans Bauer.

Forschungsgesellschaft für Hauswirtschaft.

Angesichts der steigenden Bedeutung der Bedürfnisse des Haushaltes für Technik und Industrie hat jetzt der Verein deutscher Ingenieure die Bildung einer Forschungsgesellschaft für die Klärung der Fragen der Technik im Haushalte in die Wege geleitet. Der Verein, der sich hier mit Bestrebungen des Reichsministeriums für Wirtschaftlichkeit begegnet, folgt damit einer Anregung von Frau Dr. Lüders, M. d. R., die wiederholt auf die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Hauswirtschaft hingewiesen hat.

Eines der stärksten Hemmnisse, das sich bei Herstellern und Verbrauchern der Einführung rationaler Betriebsverfahren in der Hauswirtschaft und ihnen angepaßter zweckmäßiger Verfertigung entgegenstellt, ist die in der gesamten Densität überlieferte volkswirtschaftliche Unterbewertung der Hauswirtschaft. Bei den amtlich mit der Hebung der Volkswirtschaft betrauten Stellen geht das Verständnis kaum über die Einsicht hinaus, daß hauswirtschaftlicher Unterricht nötig sei. Nur nach langen Bemühungen ist es den in ländlichen Haushalten tätigen Frauen gelungen, in den Landwirtschaftskammern Fuß zu fassen. Zwei Frauen — in Zukunft höchstwahrscheinlich nur noch eine — werden die 19 Millionen in der Hauswirtschaft tätigen Frauen im Reichswirtschaftsrat vertreten. Die Sondergattung der Hausfrauen in der Statistik ist bis heute noch nicht gelungen. Weder im Reichsernährungs- noch im Reichswirtschaftsministerium wird das Gebiet der Hauswirtschaft bearbeitet. In allen Landesministerien findet es fast ausschließlich in Rücksicht auf hauswirtschaftliche Schulen Beachtung, und auch dieses Gebiet wird nur zu oft von Männern bearbeitet. Daß die Hausfrauen selber in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ihren Beruf im Gegensatz zu allen anderen Berufszweigen empfinden, ist ebenso wenig verwunderlich wie daß bisher die Zusammenarbeit zwischen den Angehörigen der verschiedenen Berufsgruppen mit den Hausfrauen erst in den allerersten Anfängen bemerkbar ist. Selbst die Ingenieure stehen der Zusammenarbeit mit den Hausfrauen noch fern. Es wird im lustigsten Raum herumkonstruiert mit dem Ergebnis, daß zahllose gutgemeinte Einzeldinge nicht zu gebrauchen sind und ungeheure Werte vergeudet werden. Ingenieure und Hausfrauen sollten gemeinsam ein Programm für die praktische Einzelarbeit aufstellen und gemeinsam nach ihrer Lösung suchen. Die Reichsforschungsgesellschaft müßte nach den Vorschlägen von Frau Dr. Lüders in gemeinsamer Bearbeitung z. B. mit dem Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit, dem Deutschen Normenausschuß, der Hauptstelle für Warmwirtschaft, den Organisationen der Hausfrauen usw. die einzelnen zu bearbeitenden Gebiete bestimmen, das Material zu den gesamten Fragen planmäßig sammeln, sichten und, soweit nötig, zur Verfügung für den öffentlichen Gebrauch halten. Sie müßte ferner die Pläne aufstellen, nach denen Laboratoriums- und praktische Versuche zur Lösung bestimmter Aufgaben anzustellen und ihre Ergebnisse zu verarbeiten wären. Sie hätte ferner Mittel bereitzustellen für die Erforschung neuer Herstellungs- und Arbeits-

verfahren, über den tatsächlichen Nutzen z. B. kraftsparender Maschinen und Geräte im Verhältnis zu deren Anschaffungspreis und der tatsächlich im hauswirtschaftlichen Betrieb durch sie erreichten Ersparnis.

Eine neue „Ausstellung der jungen Talente“. Die Deutsche Kunstgemeinschaft wird auch im Januar nächsten Jahres eine „Ausstellung der jungen Talente“ veranstalten, und zwar sollen diesmal außer den Malern auch die jungen Bildhauer gezeigt werden. Die Ausstellung wird diesmal wiederum von der Kunstjugend selbst zusammengestellt, und zwar wird ein Ausschuss von drei Künstlern, die selbst zu den Einladern gehören, aus den eingeladenen Werken 100 Bilder und 50 Plastiken auswählen. Die Ausstellung wird wieder in den Räumen der Deutschen Kunstgemeinschaft im Berliner Schloss gezeigt werden. Als Förderer haben ihre Mitarbeit zugesagt der Staatssekretär Heinrich Schulz, Vorsitzender der Deutschen Kunstgemeinschaft, Geheimrat Ludwig Just, Direktor der Nationalgalerie, und Geheimrat Boeckholdt, Generaldirektor der Staatlichen Museen, Berlin. Die Einlieferung für die Ausstellung soll zwischen 23. und 30. November d. J. erfolgen.

Beitritt Amerikas zur Berner Urheberrechtskonvention? Anlässlich der letzten Besuche amerikanischer Verleger in Europa und auch in Berlin wurde auch die Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten von Amerika zur Berner Urheberrechtskonvention behandelt. Die amerikanischen Vertreter haben erklärt, daß von Seiten der Verlagsanstalten der amerikanischen Regierung eine Denkschrift eingereicht werden wird, die im Interesse der ständig wachsenden literarischen Beziehung Amerikas mit den europäischen Ländern den amerikanischen Beitritt zur Konvention als notwendig und wünschenswert bezeichnen soll. Die Verschiebung der Urheberrechtskonferenz in Rom von Oktober dieses auf das Frühjahr des nächsten Jahres dürfte u. a. dazu dienen, Zeit für die notwendigen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu schaffen. Soweit die amerikanischen Verleger über die Haltung der amerikanischen Regierung unterrichtet sind, sind die Chancen für einen Beitritt günstig.

Aufbauarbeiten in Frankreich. Auf Antrag des Unterrichtsministers Herriot hat der französische Ministerrat beschloffen, einen Kredit von 58 Millionen Franken bei der Kammer anzufragen, der dazu verwendet werden soll, eine Anzahl von höheren Schulen in Aufbauschulen umzuwandeln, deren Besuch kostenfrei ist. In diesen Schulen sollen ausgeübte Schüler aus ganz Frankreich zu ihrer weiteren Fortbildung aufgenommen werden, und zwar nur solche, die die erforderlichen Prüfungen bestanden haben. Später will man diesen Besuch weiter ausbauen.

Führung durch die Juweliere Kunstschau. Am 14. 15 Uhr, wird Prof. Hermann Sandt eine öffentliche Führung durch die Abteilung „Religiöse Kunst“ im Landesausstellungsgebäude am Leichter Bahnhof veranstalten. Karten erhältlich im Bureau der Kunstschau im Landesausstellungsgebäude. Anm.: Dava 414.

Schule für den Schulfuß in England. Verlockend sollen im Oktober, November und Dezember von London, Exeter und einigen anderen englischen Städten eine Anzahl von Schulen während des Unterrichts abgemittelt werden. Die zunächst in Aussicht genommenen sechs Schulen werden von einer besonderen Gruppe von Kunstschau-Experten gegeben und umfassen zur Hälfte hässliche Werke von Gipsfiguren.

Flugunfälle und Oeffentlichkeit.

Falsche Nachrichtenpolitik der Deutschen Luftflanz.

Der deutsche Luftverkehr hat in diesem Jahre eine Reihe von beklagenswerten Unfällen zu verzeichnen. Es liegt durchaus kein Grund vor, deshalb eine zunehmende Unsicherheit dieses jüngsten Verkehrsweiges zu ergötzen. Wenn man die — fast etwas zu rasche — Steigerung des Streckendienstes und der Kilometerleistung im planmäßigen Luftverkehr bedenkt — bereits im Jahre 1926 wurden mehr als 6 1/2 Millionen Kilometer planmäßig geflogen und fast 85 000 Fluggäste befördert! —, wenn man ferner berücksichtigt, daß täglich etwa 80 deutsche Flughäfen angefliegen werden, so ist demgegenüber die Zahl der Flugunfälle durchaus niedrig. Ebensovornig wie die tägliche Automobilunfall-Chronik einen modernen Menschen davon abhalten wird, eine Kraftmaschine oder einen Auto-bus zu besteigen, ebensowenig liegt ein Anlaß vor, die Benutzung des Flugzeuges aus Gründen der Sicherheit abzulehnen.

Darum aber ist es außerordentlich töricht und kurzfristig, wenn man an den maßgebenden Stellen in allen Unfallsfragen eine Vertuschungs- und Beschönigungspolitik treibt, die auf die Dauer genau das Gegenteil des gewünschten Zweckes erreichen muß. Wenn das Publikum gerüchtwaise oder auf Grund unklarer und sich widersprechender Nachrichten von einem Flugunfall erfährt, so wird es stets geneigt sein, das Schlimmste für wahr zu halten. Dies um so mehr, weil sich schon wiederholt herausgestellt hat, daß gewisse Nachrichten und Angaben der Luftflanz sich als unrichtig erweisen haben. Wenn dann noch hinzukommt — wie das beim Rudolfsbader und Schleizer Unglück der Fall gewesen ist — daß die beteiligten Gesellschaften sich von Verantwortung reinzuwaschen suchen, indem sie sofort sehr eifrig den etwaigen Schuldveracht auf andere abzumähen suchen oder gar gleich ihre eigene Belegschaft durch Sabotageverdächtigungen diffamieren, so kann man sich nicht wundern, wenn dadurch das Ansehen der deutschen Luftfahrt nicht gerade gehoben wird.

Niemand kann erwarten und verlangen, daß nicht auch das Flugzeug ebenso wie jedes andere Verkehrsmittel unter Umständen zu leiden hat. Die — oft gewiß bedauerlich ungeschickte und sensationelle — Berichterstattung über Flugunfälle, die eine unbegründete Beunruhigung in das Publikum trägt, kann nicht dadurch bekämpft werden, daß man tatsächliche Unfälle tatsächlich oder einen reiflosen Bruch in eine leichte Beschädigung umfälscht, sondern indem man durch unbedingte Wahrhaftigkeit die eigene Verkehrsunfallberichterstattung in so hohen Kredit bringt, daß man auf andere Quellen nicht angewiesen ist.

Davon ist man bei der Luftflanz noch weit entfernt. Man hat zwar eine Pressestelle, die über den Flug einer Angorataube, eines Kanarienvogels oder des Prinzgemahls von Holland sehr prompt und ausführlich berichtet, ebenso wie alle Luftfahrtfirmen gern jede mehr oder weniger passende Gelegenheit benutzen, die Presse für ihre Reklamewecke zu benutzen, aber wenn es nötig wäre, zu reden, verstummt man oder... man frisiert die Wahrheit. Diese Methoden erinnern stark an die Berichterstattung aus dem Kriegspressequartier feligen Angebens.

Es wäre im wohlverstandenen eigenen Interesse der Luftflanz gelegen, wenn sie — anstatt heimliche Abreden mit Journalisten und Telegraphenagenturen über Verschweigung bzw. Beschönigung von Flugunfallnachrichten zu treffen — selbst jeden Unfall sofort in authentischer und völlig ungeschönter Form der Presse zur Kenntnis brächte. Man sollte in den lebenden Kreisen des Luftverkehrs sehr darauf bedacht sein, das Vertrauen der öffentlichen Meinung feilen weiteren allzu großen Belastungsproben auszusetzen.

Auslandsanleihen sind notwendig.

Aber Schacht darf weiter quertreiben.

Amlich wird gemeldet:

Unter dem Vorsitz des Reichszanklers fand am Freitag nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache des Reichskabinetts unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten und des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft über die Frage der Auslandsanleihen statt. Bei dieser Aussprache wurde eine völlige Einmütigkeit darüber erzielt, daß für Deutschland auch in der nächsten Zukunft die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen nicht entbehrt werden könne und wirtschaftlich und finanzpolitisch durchaus berechtigt sei. Ferner herrschte darüber Uebereinstimmung, daß jede unter Berücksichtigung der heutigen Gesamtlage nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgabe in Deutschland, sei es aus Auslandsanleihen oder aus anderen Quellen, unbedingt zu vermeiden sei. Um diese Gesichtspunkte in die Wirklichkeit zu übertragen, wurde eine Ausgestaltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen ins Auge gefaßt. Es soll insbesondere die Möglichkeit geschaffen werden, Bedenken, die bei der Antragberatung austreten, durch erneute, mit besonderen Sicherheiten versehene Prüfung Rechnung zu tragen. Hierüber wird unter Mitwirkung der Reichsbank mit den Ländern, die auch seinerzeit mit der Reichsregierung die Richtlinien der Beratungsstelle vereinbart haben, alsbald Fühlung genommen werden.

Wie der „Soz. Presseblatt“ ergänzend meldet, sieht das während der Verhandlungen zustande gekommene Kompromißfolgendes vor: Ehe sich die beim Reichsfinanzministerium eingerichtete Beratungsstelle für Auslandsanleihen mit einem Gesuch um Genehmigung einer Auslandsanleihe beschäftigt, werden sich Reichsfinanzministerium und Reichsbank damit beschäftigen und sich über die Genehmigung oder Ablehnung des Gesuches verständigen. Praktisch bedeutet diese Regelung die Ausschaltung der Beratungsstelle und einen Sieg der Schachtischen Pläne, die auf eine Einschränkung der Auslandsanleihen hincielen. In der Beratungsstelle sitzen nämlich neben den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank die Ländervertreter sowie Vertreter des Reichsarbeits- und Wirtschaftsministeriums. Sie werden durch das Kompromiß ausgeschaltet, obwohl sie gerade das größte Interesse an einer sachlichen Vertretung der deutschen Wirtschaft mit Auslands-kapital haben. Diese ist also demnach nicht gewährleistet.

„Gentleman“ Woldemaras.

Wortbruch schon nach drei Tagen!

Gegen Ende der vergangenen Woche war bekanntlich der litauische Ministerpräsident Woldemaras in Berlin und hatte hier Besprechungen über die deutsch-litauischen Beziehungen, einschließlich natürlich des Remellandes. Als nun offiziös gemeldet wurde, daß zwischen Stresemann und Woldemaras ein „Gentleman-Agreement“ (Vereinbarung zwischen Ehrenmännern) zustande gekommen sei, da schrieb der „Vorwärts“, er benaide Herrn Stresemann um seinen Optimismus, denn ein Gentleman-Abkommen mit den schicksaligen Gewaltthätern Litauens müsse als ein Versuch am untauglichen Objekt erscheinen.

Es ist nur eine halbe Woche seitdem verstrichen, und schon hat sich unsere Warnung bewahrheitet: Kaum wieder in Romo eingetroffen, hat Woldemaras bei einem Presseempfang entschieden be-

Einigungsdebatte der Labour Party.

Lansbury Parteivorisender.

London, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

Am letzten Sitzungstag des Arbeiterparteitages in Blackpool brachte A. Fenner Brodway im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei eine Resolution ein. Sie fordert die Exekutive der Arbeiterpartei auf, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, um die internationale Wiedervereinigung aller sozialistischen Arbeiterorganisationen durch eine Konferenz der sozialistischen Internationale, der kommunistischen Internationale und der keiner der beiden Internationalen angeschlossenen sozialistischen Parteien herbeizuführen. In seiner Begründungsrede gab Brodway zu, daß eine Einigkeit unmöglich sei, solange die Moskauer Internationale ihre Taktik nicht ändere; er glaube jedoch, Zeichen einer Sinnesänderung der Dritten Internationale beobachtet zu können. Brodway unterstrich die Notwendigkeit der Einbeziehung der Arbeiterorganisationen anderer Kontinente in die internationale Arbeiterbewegung. Die Resolution wurde von einem Delegierten der Bergarbeiter unterstützt.

Im Namen der Exekutive wandte sich Cramp gegen die Entschlieung. Er wies zunächst auf die verhältnismäßig geringe Bedeutung der keiner der beiden Internationalen angeschlossenen sozialistischen Parteien innerhalb und außerhalb Europas hin. Was die Dritte Internationale anbelange, so könne er Zeichen eines Umschwunges nicht beobachten. Zusammenarbeit könne lediglich auf der Basis des gegenseitigen Respektes voneinander möglich sein. „Unsere Gegnerchaft“, fuhr Cramp wörtlich fort, „richtet sich nicht gegen das russische Volk, aber gegen einen Vorschlag, der Unerwünschtes vereinigen will. Bringen Sie sich nicht in eine

ungünstige Lage und zwingen Sie uns nicht, auf den Knien zu Leuten hinzukriechen, die uns lediglich einen neuen Stoß versehen wollen.“

In der Abstimmung stellte sich die Mehrheit auf den Standpunkt der Exekutive und

verwarf die Entschlieung mit 1381 000 gegen die bemerkenswerte große Minderheit von 1 071 000 Stimmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es bei der Besprechung einer Resolution, die das Aufgehen der Unabhängigen Arbeiterpartei in der Arbeiterpartei fordert, zu einem Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt der Bergarbeitersekretär Coot stand. Als sich Coot anschickte, die Tribüne zu besteigen, um, wie er vorher erklärt hatte, im Namen der Bergarbeiter gegen diese Resolution zu sprechen, beantragte Herbert Smith, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, zur Geschäftsordnung Absetzung dieser Resolution von der Tagesordnung. Die Konferenz gab dem gegen den eigenen Generalsekretär gerichteten Antrag des Vorsitzenden der Bergarbeiter mit großer Mehrheit Folge.

Man erledigte noch eine große Anzahl Anträge; so wurde eine Resolution angenommen gegen die „eingetragene Praxis, daß Arbeiterabgeordnete und Führer der Arbeiterbewegung sich gegenseitig in kapitalistischen Blättern angreifen“.

Am Schluß wurde dem bisherigen Parteivorisenden Roberts, der ein hervorragender Bisherer ist, im Namen der Partei eine wertvolle Violine als Geschenk überreicht. — Den Vorsitz der Partei im kommenden Jahre wird Abg. Lansbury übernehmen.

Um einen Handelskrieg reicher.

Amerika ergreift Repressalien gegen Frankreich.

Seit Donnerstag ist die Völkerverweltung um einen Handelskrieg reicher, trotz aller schönen Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz. Die Vereinigten Staaten von Amerika fühlten sich durch die starke Erhöhung der französischen Zolltarife in ihren Handelsinteressen mit Frankreich verletzt. Sie nennen das unfreundliche Diskriminierung. Wochenlang wurden diplomatische Noten zwischen den beiden Staaten gewechselt. Frankreichs Zugeständnis, seine Zölle für die amerikanische Einfuhr zu halbieren, wenn die Vereinigten Staaten zu Kompensationen bereit sind, haben den Amerikanern nicht genügt. Verhandlungen, die von den diplomatischen Stellen beider Länder angeboten und geplant sind, werden jetzt durch einen Schachzug des amerikanischen Schachamtes durchkreuzt.

Das Schachamt hat die Zollbeamten angewiesen, die Zölle für französische Einfuhrwaren in demselben Maße zu erhöhen, in welchem für die entsprechenden amerikanischen Produkte von Frankreich die Zölle seit dem 6. September erhöht worden sind. Natürlich sind das Repressalien, um eventuelle Zugeständnisse Amerikas teurer an Frankreich verkaufen zu können. Und wenn die amerikanische Regierung betont, daß der Schritt keine Vergeltungsmaßnahme, sondern nur eine dem allgemeinen Brauch entsprechende Ausgleichung sei, so ist das nur eine Ausflucht, um die Tür zu Verhandlungen nicht völlig zuzuperlen. Daß man Verhandlungen will, geht auch aus einer anderen Meldung hervor. Danach werden die Vereinigten Staaten noch in dieser Woche Frankreich eine Note senden. Darin wird jede weitere Verhandlung aber davon abhängig gemacht, daß Frankreich während der Uebergangsperiode Zollermäßigungen für amerikanische Waren bewilligt. Der Charakter der Repressalien ist also unverkennbar.

Der Zollkrieg ist effektiv; nur ist er bedingt und noch nicht ganz offiziell. Die weitere Entwicklung der Dinge wird von Frankreich abhängen.

Grenzgefecht in Mazedonien.

Neue bulgarische Attentate in Südslawien.

Belgrad, 7. Oktober. (Eigenbericht.)

In Kljuzura, nahe Monastir, an der südslawisch-griechischen Grenze griffen mazedonisch-bulgarische Komitatssoldaten das südslawische Finanzamt, die Gendarmeriekaserne und das Postamt an. Sie warfen 29 Bomben und beschädigten die Gebäude schwer. Gendarmerie nahm die Verfolgung auf, wobei sich ein Gefecht entwickelte.

Südslawien hat die mazedonische Grenze gegen Bulgarien gesperrt, sie bleibt nur für den Durchgangsverkehr geöffnet.

Zwei der Mörder des Generals Komatschewitsch sind festgenommen. Auf die Festnahme des dritten Attentäters ist eine Belohnung von 100 000 Dinar (7500 M.) ausgesetzt. Die Verfolgung der Komitatssoldaten wird mit größter Energie fortgesetzt. In Skp wurden im Interesse der Untersuchung sämtliche Geschäfte, Cafés und Gasthäuser geschlossen. Nur die Post arbeitet, sie steht unter strenger Kontrolle.

In der Nähe der albanischen Grenze bei Skofshiwie stehen Streifabteilungen auf eine starke Bande Komitatssoldaten. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf es den Gendarmen gelang, die Bande zu zerstreuen und in die Flucht zu jagen. Von Monastir aus wurden Verstärkungen entsandt.

Südslawien fordert die Verhaftung Protogeroffs.

Belgrad, 7. Oktober.

Der jugoslawische Gesandte in Sofia hat heute dem bulgarischen Ministerpräsidenten bei Uebereinkunft der Forderungen Südslawiens erklärt, daß Jugoslawien mit aller Energie die Verhaftung des Generals Protogeroff verlange, der für die Ereignisse der letzten Tage die Verantwortung trage.

Adel.

Statt aller Erörterungen über den Adel und seine gesellschaftlich-kulturelle Bedeutung, folgende Anzeige aus dem „Pommerschen Landbund“:

Freiherr,

lehrt seines Stammes, sucht zur Erhaltung seines Adelsgeschlechts vermögenden Adopstsohn.

Angebote unter L. S. 6850 befördert Rudolf Woffe, Leipzig.

Warum muß der Adopstsohn vermögend sein, wenn er nur der Erhaltung eines ideellen Wertes gelten würde? Ein Wert, den man nach Maß und Pfennigen berechnet, hört auf, ideeller Wert zu sein. Adel gleich Gelegenheit zum Geschäft — das ist die Hoffnung, die sich in diesem Inserat offenbart.

stritten, daß sich das Berliner „Gentleman-Agreement“ auf das Remelland beziehe!

Koller Entrüstung stellt die „Tägliche Rundschau“ fest, die wohl in diesem Falle als Sprachrohr des Außenministers gelten darf, daß die Berliner Besprechungen „keinen anderen Zweck hatten als den, die Remeller Quelle der Mißbilligungen zu verstopfen“. Das Blatt fährt dann fort:

„Und nun soll sich das Gentleman-Agreement plötzlich nicht auf Remel beziehen? Sind Herrn Woldemaras die Zusagen, die er hier in Berlin gemacht hat, etwa wieder leid geworden? Herr Woldemaras hat sicherlich nicht vergessen, daß es sich hier um ein Gentleman-Agreement handelt.“

Wir sind gewiß die letzten, die der Regelung außenpolitischer Konflikte möglichst durch direkte Verständigung widersprechen. Aber Voraussetzung dafür ist, daß der Verhandlungspartner ein Minimum von politischem Anstand aufweisen kann. Das ist jedoch bei den gegenwärtigen blutbesten litauischen Nachrichten nicht der Fall. Deshalb wundern wir uns, im Gegensatz zu den offiziellen Stellen, nicht darüber, daß Woldemaras schon nach drei Tagen von seinen eigenen Besprechungen abrückt. Gegenüber dieser litauischen Regierung hilft nach unserer Ueberzeugung nur schärfstes Vorgehen im Völkerrundrat.

Entbrennt der Kampf aufs neue!

Die Telegraphen-Union meldet aus Remel: Im letzten „Amisblatt des Remelgebietes“ ist das Rücktrittsgesuch des Direktors für das Remelgebiet und die vom Gouverneur erteilte Antwort veröffentlicht. In der Antwort beauftragt der Gouverneur das alte Direktorium mit der Weiterführung der Geschäfte. Ueber die Neubildung der Regierung ist bisher noch nichts bekannt, obwohl der Landtag schon gestern seine erste Sitzung abhielt.

Die Haltung des Gouverneurs in der Frage der Regierungsbildung hat lebhafteste Beunruhigung bei der Bevölkerung ausgelöst. Man bezweifelt bereits, ob das vor dem Völkerrundrat von Woldemaras abgegebene Versprechen, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden, durchgeführt werden wird. Auch die gestern bei der Eröffnung des Landtages vom Gouverneur abgegebenen Erklärungen werden als Kampfanzeige gegen das den Remelländern von den alliierten Hauptmächten und dem Völkerrundrat verliehene Statut betrachtet. So erklärte zum Beispiel der Gouverneur, daß die erste offizielle Sprache des Gebietes das Litauische sein soll. Das Statut hätte den memelländischen Beamten nichtlitauischer Nationalität die Pflicht auferlegt, die litauische Sprache zu erlernen. Davon steht aber im Statut kein Wort. Ferner verlangt der Gouverneur, daß die Richter des Gebietes sowohl das im Remelgebiet geltende (deutsche) Recht als auch das litauische beherrschen müßten. Nach dem Remelstatut ist die Rechtspflege aber ausschließlich Angelegenheit der deutschen Verwaltung. Der Gouverneur hat demnach kein Recht, irgendwelche Eingriffe in die Rechtspflege des Gebietes vorzunehmen. Die Rede des Gouverneurs bildet in gewissem Sinne ein Programm, das er im Remelgebiet durchzuführen gedenkt, obgleich die Durchführung einer Verletzung der Autonomie des Remelgebietes gleichkommen würde. Es sieht also so aus, als ob der Kampf um die dem Remelgebiet im Statut verliehenen Rechte aufs neue entbrennen soll.

Der Marsch nach Peking.

Rückzug der Nordtruppen.

Schanghai, 7. Oktober.

Die 40 000 Mann starke Schanflamme zieht ihren Angriff gegen die Eisenbahnlinie Peking—Santau fort, die von 6000 Mann Nordtruppen verteidigt wird. Bis jetzt ist der Kampf nicht entschieden, es verlautet aber gerüchtwaise, daß das Hauptquartier der Nordtruppen von Poolingsu nach Kaopelhsien, des 48 Kilometer nördlicher liegt, verlegt worden sei.

Tschiangkaihschek in Japan!

Tschiangkaihschek ist in Kobe eingetroffen. Er erklärte, daß er sich nicht aus dem politischen Leben zurückgezogen habe und daß die gegenwärtige Reise das Vorspiel für die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sei.

Einsturzunglück in Amerika.

25 Tote, zahlreiche Verwundete.

New York, 7. Oktober.

In Kimberly bei Appleton (Wisconsin) stürzte in einer Papierfabrik das zweite Stockwerk ein. Bisher sind 25 Tote und zahlreiche Verwundete aus den Trümmern geborgen worden. In dem zusammengebrochenen Stockwerk waren 125 Arbeiter beschäftigt. Man befürchtet, daß sich die Zahl der Toten noch erhöhen wird.

Einigungsvorschlag im Brauerstreik.

Heute Entscheidung durch Urabstimmung.

Die gestrigen Verhandlungen führten zu dem folgenden Einigungsvorschlag:

1. Die Löhne werden für die Zeit vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab bis einschließlich die letzte Lohnwoche im Monat Dezember 1927 um drei Mark in der Spitze erhöht. Die Lohnerhöhung der übrigen Kategorien erfolgt nach dem bekannten tarifmäßigen Schlüssel.

Die Löhne werden für die Zeit vom 1. Januar 1928 ab bis zum letzten Februar 1928 um einen weiteren Betrag von einer Mark in der Spitze erhöht. Erhöhung der übrigen Kategorien gleichfalls nach bekanntem Schlüssel.

Die Dauer des Lohnabkommens gilt mit den bekannten Kündigungsfristen bis zum 29. Februar 1928.

2. Bei Wiedereröffnung der Betriebe werden die Arbeiter eingestellt, soweit sie unter den augenblicklichen Verhältnissen benötigt werden. Die Einstellung erfolgt entsprechend den tatsächlichen Notwendigkeiten der Betriebe und den Anordnungen der Betriebsleitungen. Sie beginnt am ... und soll spätestens in einer Woche durchgeführt sein. Die Arbeiter werden als ständige Arbeiter eingestellt. Visitarbeiter sollen zunächst im allgemeinen nicht beschäftigt werden.

Bei den wieder eingestellten Arbeitern wird der Streik als eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses in Bezug auf Urlaub und Krankheitslohn nicht angesehen.

3. Die mitgeteilte Klausel für eine Erhöhung des Lohnes bei Mietssteigerung bleibt bestehen.

Zu diesem Einigungsvorschlag werden die Funktionäre heute vormittag um 10 Uhr Stellung nehmen. Um 1 Uhr mittags findet eine Urabstimmung unter den Streikenden statt. Für die Ermittlung des Resultats der Abstimmung ist die bei Streikbeginn festgestellte Beteiligungsziffer maßgebend. Die erweiterte Streikleitung wird um 6 Uhr heute abend das Ergebnis feststellen und dementsprechend beschließen.

Ohne der Entscheidung der Streikenden vorgreifen zu wollen, erscheint das vorliegende Ergebnis als das Höchstmögliche, was die Führer der streikenden Brauereiarbeiter unter dem Druck

des einmöglichen Streiks bei den Verhandlungen erreichen konnten. Den Brauereidirektionen war zweifellos klar bei den gestrigen Verhandlungen, daß die Wirkungen des Streiks sich bei längerer Streikdauer weit unangenehmer bemerkbar machen als bisher. Es erscheint daher sehr fraglich, ob bei Fortsetzung des Streiks größere Zugeständnisse zu erreichen sind und nicht vergeblich schwere Opfer gebracht würden.

Nach allem — auch dem, was hier nicht ausgesprochen werden kann — darf gesagt werden, daß die Funktionäre den Streikenden die Einigung auf dieser Grundlage mit gutem Gewissen empfehlen können. Die Entscheidung und damit auch die Verantwortung liegt bei den Streikenden selber.

Vom Postamt 2 erfahren wir, daß dort die Verwaltung ihre eigenen Autos zur Verfügung stellt, um Streikbrecher heranzuschaffen. Wenn durch Versehen eines Beamten sich die Benutzung eines Autos notwendig macht, muß dieser Beamte die Kosten dafür tragen. Ständig weist die Postverwaltung darauf hin, daß die Angestellten der Post sich während des Dienstes des Alkoholkonsums enthalten sollen. Trotzdem wird jetzt auf Kosten der Reichspost Bier herangeschafft. Hält es die Reichspost für ihre Pflicht, den streikenden Brauereiarbeitern in den Kassen zu fallen?

Die Streikleitung macht uns darauf aufmerksam, daß Bier von auswärtigen Brauereien herangeschafft werden kann. Um zu verhindern, daß auf Umwegen Streikbrecher unter falschem Auswahlschild verkauft wird, ist jedoch eine Anfrage an den Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter vor Bezug von auswärtigem Bier angebracht.

Achtung, Brauereiarbeiter! Heute Sonnabend, normittags 10 Uhr, Versammlung aller Funktionäre im „Königshaus Hof“, Rosenhäger Straße 11/12. Zutritt haben nur die Funktionäre. Sämtliche streikenden Brauereiarbeiter müssen sich ebenfalls heute nachmittags 1 Uhr in ihren zuständigen Streiklokalen einfinden. Die Streikleitung.

Die Verhältnisse in der Luftfahrt.

Zehnprozentige Lohnforderung bei der Luftthansa.

Ueber das Thema „Luftfahrtpersonal und Luftfahrtpolitik“ referierte in einer Versammlung des Berliner Luftfahrtpersonals am Mittwoch im Restaurant Bergschloßhöhe in Reutkän Genosse Binder, Reichsabteilungsleiter der Luftfahrtabteilung des Verkehrsverbundes. Die Entwicklung der Luftfahrt sei von größter Bedeutung, weil dadurch Kontinente und Menschen einander näher gebracht werden. Die Arbeiterkraft muß darüber wachen, daß die Luftfahrt nur friedlichen Zwecken dienstbar gemacht wird. Darum ist es notwendig, in ministeriellen und anderen für die Luftfahrt maßgebenden Stellen Einfluß zu gewinnen. Um die Interessen des Personals der Luftfahrtunternehmen wirksam zu vertreten, bedarf es vor allem einer starken gewerkschaftlichen Organisation.

Sachse berichtete über die Verhandlungen, die bisher mit der Direktion der Luftthansa wegen einer Erhöhung der Löhne geführt worden sind. Entsprechend den gesteigerten Lebenshaltungskosten ist eine Erhöhung aller Löhne und Gehälter um 10 Proz. gefordert worden. Diese Forderung soll auch bei den heutigen Verhandlungen mit der Luftthansa aufrechterhalten werden. Die Betriebsräte werden die bevorstehenden Entlassungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken suchen und gegen etwaige unberechtigte Kündigungen die notwendigen Schritte unternehmen.

An der Diskussion wurden verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht. Besondere Klage wurde über die unhygienischen Einrichtungen auf dem Flugplatz Staaken geführt. Abhilfe ist dort dringend notwendig.

Binder machte noch darauf aufmerksam, daß bei allen Verträgen, die nach dem Zustand abgeschlossen werden sollen, vorher eine Auskunft der Organisation einzuholen ist. Mit einem Appell zu roter gewerkschaftlicher Agitation wurde die Versammlung geschlossen.

Der München-Glabbacher Textilkonflikt.

Im Lohnstreit der München-Glabbacher Textilindustrie, der sich bedenklich zugespitzt hat, haben die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von 10 Prozent auf die Zeitlöhne angeboten. Dieses Angebot ist für die Arbeitnehmer unannehmbar, da bei ihm die Alfordlöcher gänzlich leer ausgehen würden. Der hartnäckige Widerstand der Unternehmer gegenüber den Forderungen der Textilarbeiter erklärt sich aus einer falschen Einschätzung der Widerstandskraft der Organisationen. Die Unternehmer sind aber arg auf dem Holzwege, wenn sie glauben, nach dem großen Krefelder Kampf sei die Textilarbeiterchaft in München-Glabbach gewungen, klein beigeben. Ohne eine befriedigende Lohnregelung auch für die Alfordlöcher kann der Lohnstreit in der München-Glabbacher Textilindustrie nicht gelöst werden.

Der ober-schlesische Montanarbeitsvertrag abgelehnt.

Der am 22. September für Oberschlesien gefällte Schiedspruch über die Gehaltsforderung der Angestellten in der Montanindustrie, nach dem ab 1. September eine 3prozentige Erhöhung der Gehälter eintreten sollte, ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgelehnt worden.

Zu Fimmens „Einheitsfront“-Stechenpferd.

Von berufener Seite wird uns zu der Notiz mit dieser Ueberschrift in Nr. 472 des „Vorwärts“ berichtend mitgeteilt: Die Notiz enthält einige unrichtige bzw. ungenaue Angaben, die den Sinn des Beschlusses des Generalrats der IZ, wesentlich abschwächen und zu solchen Auffassungen Veranlassung zu geben geeignet sind. Es ist in dem richtigen Text im 1. Absatz nicht die Rede von „Bewegungen und Demonstrationen“, sondern es heißt, „daß die Sekretäre sich an Unternehmungen und Berufsaufstellungen nicht beteiligen oder mitwirken“ usw. Ferner muß es im 2. Absatz nicht heißen „um einen Streit über die Richtlinien der Transportarbeiter-Internationale zu vermeiden“, sondern „um einen Richtungsstreit in der IZ vorzubeugen“ usw.

Gemeint ist mit Richtungsstreit natürlich der Streit zwischen Amsterdam und Moskau, der den Gewerkschaften der verschiedensten Länder so ungeheuren Schaden zugefügt hat und der noch heute — auch bei uns in Deutschland — eine so zerstörende Wirkung ausübt.

Gesperrter Gastwirtsbetrieb. Einer jener wenig empfehlenswerten Gastwirte, die grundsätzlich organisiertes Personal nicht beschäftigen, ist der Gastwirt Jagenburg, der in der Hofenheide das gleichnamige Café betreibt. Sein Betrieb ist ein Laubenschlag. Daß die tarifliche Arbeitszeit bei weitem überschritten wird, ist bei ihm selbstverständlich. Bei der Gewerkschaftsinspektion und beim Polizeipräsidenten ist Anzeige erstattet. Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt.

SSD-Buchdruck: Bezirk 7 Fraktionsversammlung Sonnabend, 8. Oktober, 10 Uhr, bei Raabitz, Berlin-Schöneberg, Fahrstr. 25. Erscheinungen dringender erforderlich.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: Pannschützenweg: Jugendheim Pannschützenweg, Cruller 16. Wiederabend. — Scharlöcher: Warten, Sonntag, 10 Uhr, Treffen vor dem Jugendheim Bezirk 9, zur Konzeption. — Jugendklub: 10 Uhr, Treffen vor dem Jugendheim unter Aufsicht. Behandelt werden folgende Schritte: „Wirtschafts- und Betriebsräte“, „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“, „Gewerkschaftliche Jugendbewegung“, „Berufliche Jugendarbeit“, „Jugendpsychologie“. Redungen zur Teilnahme durch die Jugendgruppen.

Jugendgruppe des SSJ. Alle Jugendmitglieder beteiligen sich an der Veranstaltung „Ein Jahrzehnt“ morgen, Sonntag, 11½ Uhr, im Völkchensaal (am Anhalter Bahnhof). Karten durch die Jugendleiter der Bezirke erhältlich. **Arbeiterverband der Schmiedelehrer.** Monatsversammlung Sonntag, 10. Oktober, 17 Uhr, in Haverlands Festhalle, Neue Friedrichstraße. Stellungnahme zum Ergebnis der Lohnverhandlung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altgöthler; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götze; Arbeiter: Dr. John Schilowski; Sozial: und Sonstiges: Fritz Raabitz; Finanzen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Einheitsfront“ und „SSJ“.

Sophien-Säle
Sophienstr. 18 + Norden 9296 u. 12643
Für Vereine und Versammlungen
in jeder Größe

Der Hochbahnkonflikt.

Heute Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Die Hochbahngesellschaft teilt der Presse mit, daß sie sich veranlaßt gesehen hat, den Schlichtungsausschuß anzurufen, weil das Personal, ohne das Ergebnis der Verhandlung abzuwarten, eine Urabstimmung über Streik oder Arbeit anderaumt hat. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß ist nunmehr auf Sonnabend mittags 12 Uhr anberaumt, die Urabstimmung des Personals daher auf Montag verschoben worden.

Um was geht der Streit?

B.S. gibt hierzu folgende Darstellung:
Bei der Omnibusgesellschaft ebenso wie bei der Hochbahn ist man sich bereit, sich auf den Boden des für die Straßenbahn gefällten Schiedspruchs zu stellen. Die Schwierigkeiten der Einigung liegen jedoch darin, daß das Personal zwar die achtstündige Arbeitszeit durchläßt, nicht dagegen den Abzug für die ausfallende neunten Arbeitsstunde tragen will. Es wird vielmehr bei achtschündiger Arbeitszeit der Lohn, der sonst für neunstündige Tätigkeit gezahlt worden war, verlangt. Abzug und Hochbahn verweigern bisher diese Regelung, die beide Institute selbstverständlich nicht unweiblich belaufen würde, da im Durchschnitt bei der verkürzten Arbeitszeit der Lohnausfall für die Angestellten rund 13 M. pro Monat betragen würde. Auch bezüglich der gesteigerten Sozialkosten verlangen die Angestellten einen Ausgleich, der zu Kosten der Verkehrsunternehmen gehen müßte.

Der Kampf in der Berliner Holzindustrie.

Anrufung des Schlichtungsausschusses.

Die B.S.-Korrespondenz berichtet: Gemäß den Beschlüssen der Funktionäre des Holzarbeiterverbandes ist am gestrigen Freitag in offen Betrieben der Berliner Holzindustrie, etwa 3000 an der Zahl, eine Urabstimmung über die Frage des Eintritts in den Streik durchgeführt worden. Das Ergebnis wird erst im Laufe des heutigen Sonnabends festgestellt werden. Ein etwaiger Streik würde etwa 18.000 Holzarbeiter umfassen. Inzwischen hat aber einer der in Frage kommenden Arbeitgeberverbände, die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, den Schlichtungsausschuß angerufen. Unter diesen Umständen kann damit gerechnet werden, daß die Funktionäre, die heute zu dem Ergebnis der Urabstimmung Stellung nehmen, zunächst abwarten werden, ob der Schlichtungsausschuß, was allerdings sehr schnell erfolgen müßte, die Parteien zu Verhandlungen über den Lohnstreit laden wird.

August Krause gestorben.

Nach langen, schweren Leiden ist der vielen Berliner Metallarbeitern noch in bester Erinnerung stehende Kollege August Krause in Dresden verschieden. Die Kollegen, die vor und während des Krieges sich in der Berliner Metallarbeiterbewegung betätigt haben, werden sich sehr gern noch der Person und des Wirkens des Kollegen Krause erinnern.

Im früherer Jugend kam Krause zur Gewerkschaft und hat sich stets in vorderster Reihe als ehrenamtlicher Funktionär betätigt. — Vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1919 war Krause Mitglied der Brauereikommission der Maschinenarbeiter, aus der später die Brände der Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser hervorging. Einige Jahre stand er seiner Branche als Brandenvertreter vor. Im Jahre 1919 in die engere Verwaltung gewählt, gehörte er dieser bis 1919 ununterbrochen an.

Im Jahre 1919 hat Krause sein langjähriges Berliner Wirkungsfeld verlassen, da er als Bezirkssekretär nach Dresden ging. Er hat nun an dieser Stelle im hauptamtlichen Funktionärverhältnis seine Arbeitskraft und seine Fähigkeiten weiter in den

Dienst der Metallarbeiterbewegung gestellt. Ein schweres Herzleiden, dem er jetzt zum Opfer fiel, hatte in den letzten Jahren seine Gesundheit stark erschüttert.

Die Berliner Metallarbeiter werden dem Kollegen Krause für die idealistische Arbeit, die er für sie leistete, stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Ortsverwaltung Berlin.

Streik der Aufzugmonteure.

Die Arbeiter der Firmen Gumpel, Köpenicker Str. 154, Benzlaff, Drantenstr. 189, Keil u. Co., Hohenstr. 67, Montagetagebureau, Nürnberger Str. 44 und Fischer, Hohenzollern-damm 61, haben sich bisher dem Streik der Aufzugmonteure nicht angeschlossen.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß nur diejenigen Aufzugmonteure und Helfer Berechtigung zur Arbeit haben, wo die Forderungen von den Firmen anerkannt sind. Als Ausweis dient die Arbeitsberechtigungskarte. Wer diese Karte nicht vorweisen kann, ist als Streikbrecher zu betrachten.

Die Arbeiter der benannten Betriebe werden nochmals aufgefordert, sich unverzüglich den streikenden Kollegen anzuschließen.

Die Zentralkreisleitung.

Der Wiederaufstieg der Gewerkschaften.

Eine kräftige Aufwärtsentwicklung im Mitgliedsbestand der freien Gewerkschaften ist nach der vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geführten vierteljährlichen Mitgliederstatistik gegenüber dem Schluß des Vorjahres zu verzeichnen. Die jüngste Feststellung, die sich auf den Stand Ende Juni bezieht, ergibt 4.145.574 Mitglieder gegen 4.003.267 Ende März und 3.953.931 im Dezember 1926. Gegenüber dem Schlußstand des Vorjahres ist eine Zunahme von 211.643 Mitgliedern gleich 5,4 Proz. eingetreten.

Wie aus weiteren Meldungen ersichtlich ist, hält diese Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl noch an, wenn auch für Ende September noch keine abschließende Zahl gegeben werden kann.

Die neuen Beamtengehälter in Deutschland

Kategorie	1927	1928	1929
Jahresgehalt in Mark	1100	1023	1600
Kaufkraft der Mark im August 1927 = 68 a Pf.	1100	1023	2000
Friedensgehalt	1200	1364	2100
Neues Gehalt	1400	1603	4000
A Anfangsgehalt	1800	1910	4200
E Endgehalt	1800	1910	5000
Z	2100	2023	5520
Z	2319	2023	3888

Und auf's Brot **die frische Real**

Denk diese bayerische Kernmargarine aus den V/M/W-Milchvereinigungen zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: **Vitamine und Alpenmilch.**

Oppe mag die Real nicht mehr leiden. Was ist's? Ist er, „wirden uns zwei beiben!“

Denk die Real ging mit Vetter Franz Lehten Sonntag auf den Kirchweihstag.

Und sein Ditten, Schmiedeln, seine Trömmen, Nur ein Real-Brot fass unsern Opp verfühen.

Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Real“ verlange man gratis den neuesten Band der Real-Kochbücher. Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Real-Agentur, Berlin NO 45, Neue Königstr. 37. Tel.: Königsstadt 1863, 1864, 1867.

Bluttat des Schriftstellers Scheffauer.

Ermordung der Sekretärin. — Selbstmord des Täters.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich gestern nachmittag im Hause Cunostr. 48 zu Schmargendorf ab. Der bekannte 51jährige Schriftsteller Herrman George Scheffauer (Stete, vermutlich nach einem vorangegangenen Streit, seine 28jährige Sekretärin, die Hilfsreferentin Katharina v. Meyer durch einen Herzstich mit einem Transchiermesser. Unmittelbar nach der Tat stürzte sich Scheffauer aus dem Fenster seiner im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung, nachdem er sich noch zuvor einen schweren Halskutschall beigebracht hatte, auf den Hof hinab. Er starb bereits auf dem Wege zum Wilmersdorfer Krankenhaus. Zu der Tragödie, deren Motive noch in völliges Dunkel gehüllt sind, werden folgende Einzelheiten bekannt:

Der Schriftsteller Herrman George Scheffauer, ein Deutsch-amerikaner, der 1876 in San Francisco geboren wurde und in seinen Büchern hauptsächlich Themen über das Leben in den Vereinigten Staaten behandelte, bewohnte seit vielen Jahren in der Cunostr. 48 eine größere, gut eingerichtete Wohnung. Der jetzt im 51. Lebensjahre stehende verheiratete Mann hatte zu seiner Unterstützung als Sekretärin die 28jährige Hilfsreferentin Katharina v. Meyer, eine Tochter der verwitweten Erzgebirgsk. v. Meyer, die in der Koffhäuser Str. 24 zu Schöneberg wohnte. Frau Scheffauer hatte sich vor längerer Zeit von ihrem Manne getrennt und lebte mit ihrer kleinen Tochter in Süddeutschland.

Gestern gegen 1/5 Uhr hörten Mieter des zweiten Stockwerkes aus der Wohnung Scheffauers gellende Hilferufe ertönen, die plötzlich verstummten. Wenige Minuten später erscholl vom Hof her ein dumpfer Fall. Die aufmerksam gewordenen Hausbewohner eilten an die Fenster und sahen Scheffauer auf den Hofen des Hofes liegen. Er hatte am Hals und an den Händen mehrere tiefe Schnittwunden. Man alarmierte das städtische Rettungswesen, das Sch., der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achendachstraße entliefern. Dort konnten die Ärzte jedoch nur noch den auf dem Wege

dorthin eingetretenen Tod feststellen. Inzwischen war die 163. Revierwache am Berkeor Platz 1 benachrichtigt worden, die sofort mehrere Kriminalbeamte nach der Cunostraße entsandte. Die Beamten verschafften sich gewaltsam Einlass in die Wohnung. Den Eintretenden bot sich ein Bild des Grauens. In der Mitte des Arbeitszimmers lag Katharina v. Meyer mit einer Wunde in der Herzgegend in einer großen Blutlache auf dem Fußboden. Der hinzugezogene Arzt stellte den Tod fest. Der Stich, der mit großer Wucht mit einem Transchiermesser ausgeführt worden war, muß auf der Stelle tödlich gewirkt haben. Die Hände der Toten wiesen ebenso wie die Hände des Täters starke Schnittwunden auf, so daß zwischen beiden ein heftiger Kampf stattgefunden haben muß. Daraus zeugen auch einige umgeworfene Gegenstände, die auf dem Fußboden des Arbeitszimmers lagen. Die Leiche des Mädchens wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Charlottenburger Schauhaus gebracht. Die Wohnung wurde bis auf weiteres versiegelt.

Bei der Durchsichtung des Zimmers wurden feine Briefe vorgefunden, aus denen man auf die Gründe zu dieser Tragödie schließen konnte. Wahrscheinlich ist es ganz plötzlich zu einem Streit gekommen, in dessen Verlauf Scheffauer ein auf dem Schreibtisch liegendes Transchiermesser ergriff und die Tat vollführte. Daß Scheffauer in einem Anfall von Geisteserregtheit verbrochen haben könnte, ist kaum anzunehmen, da er noch am Donnerstagabend im Kreise einer bekannten Familie geweselt haben soll, ohne daß ihm irgendeine Erregung anzumerken war.

Herrman George Scheffauer, dessen erste Schriften in den Jahren 1913—1918 in englischer Sprache erschienen, wurde in Deutschland vor zwei Jahren durch sein Werk „Das geistige Amerika von heute“ bekannt. In der letzten Zeit wurde sein Name mit dem von Thomas Mann als Herausgeber einer modernen Romanreihe genannt. Er war auch Sekretär der deutschen Gruppe des internationalen literarischen PEN-Klubs.

richtung eines Garagebaues in Verbindung mit einem Verwaltungsgebäude am Stralauer Platz, in dem außer dem Verwaltungsbureau auch noch Bureaus anderer städtischer Dienststellen untergebracht werden sollen. Zunächst wurden Keller und Erdgeschloß hergestellt, die Fundamente sind aber für den Aufbau von weiteren zwei Geschossen bemessen. Auf dem Hofe wird ein Tank von 60 000 Liter Fassungsvermögen eingebaut. Sämtliche Gebäude werden aus Giebelbeton hergestellt. Der Kies gelangt vom Kahn mittels eines Transportbandes direkt in die Betonmischmaschinen. Der Gieberturm für den Gerätebau ist 36 Meter hoch, der Gieberturm für das Verwaltungsgebäude 58 Meter. Der Rohbau der Garagen ist fertiggestellt. Man hofft, mit dem Rohbau des Verwaltungsgebäudes in zwölf Wochen fertig zu sein. Garagenbau, Gerätelager und Hof werden am 15. Oktober durch den Stadtfuhrpart in Benutzung genommen werden. Das Verwaltungsgebäude wird im Frühjahr benutzbar sein.

In den Karten Stand's geschrieben. Verhängnisvolle Prophezeiung.

„Wie alles gekommen ist, weiß ich nicht; ich bin erst richtig zum Bewußtsein gekommen, als die Mutter des von mir erschossenen Samuel Glaser um Hilfe rief.“ So bekannte unter Schluchzen der wegen Totschlägs, Bedrohung und Hausfriedensbruchs vor dem Schwurgericht III angeklagte stellungslose Reinrad Waligora, ein mit einem Schluß- und Sprachfehler behafteter und mit wenig körperlichen Reizen ausgestatteter 28jähriger Mann.

Am 23. Januar d. J. hat Waligora den Kleiner Samuel Glaser in der Wohnung der Mutter des Getöteten, in die er mit vorgehaltenem Revolver um die Mittagsstunde gewaltsam eingedrungen war, überfallen und niedergeschossen. Mit der Ehefrau Glaser hatte Waligora ein Liebesverhältnis, das erst seinen Anfang nahm, als Glaser im Sommer vorher von seiner Frau weggezogen war. Die Eheleute Glaser hatten in demselben Hause gewohnt, in dem die Eltern des Angeklagten wohnten. Eifersucht auf seinen eigenen Bruder und den Chemann Glaser beherrschten den Angeklagten völlig. In die Vorgeschichte spielt eine Prophezeiung einer Wahrsagerin hinein. Die Kartenlegerin hatte ihm aus den Karten vorausgesagt, daß er mit der Frau, die er liebe, doch nicht zusammenkommen werde, denn sein eigener Bruder, der ihn schon mit einer anderen auszuheiraten beabsichtigt habe, werde auch die einzige Frau, die ihn je geliebt habe, ihm abspenstig machen. Das sei ihm durch den Kopf gegangen. Gegen seinen Bruder Hans, der ihm wirklich schon einmal seine Braut weggenommen hatte, sei er von einer rasenden Eifersucht besetzt gewesen. Am Abend vorher habe er beobachtet, daß der Bruder seiner Geliebten Weichen schenkte. Da habe ihn die Wut gepackt. Was passiert sei, wisse er nicht, denn er sei erst zur Bestimmung gekommen, als er Frau Glaser mit dem Kopf durch die Fensterleiste gestoßen hatte. Vorher hätte er viel getrunken. Der Angeklagte ist nach seiner Darstellung in die Wohnung der alten Frau Glaser gestürzt, hatte diese unter Vorhaltung des Revolvers mit einem Faustschlag beiseite geschleudert und war dann in das Schlafzimmer Glasers gestürzt, der noch im Bett lag. Glaser sprang hilflos heraus. Ohne ein Wort zu sagen, knallte Waligora ihn nieder. „Ich habe Frau Glaser abgedrückt, denn sie war der erste Mensch, der sich meiner annahm, während alle anderen mich wegen meines Sprachfehlers verpötelten. (Weinend.) Noch heute hänge ich an ihr mit allen Fasern meines Lebens.“

Die ärztlichen Sachverständigen bezeichneten den Angeklagten Waligora für verantwortlich für seine Tat. Allerdings waren auch ein Mensch mit minderwertigen Gefühlen. Staatsanwaltschaftsadvokat Berger-Langefeld beantragte gegen Waligora 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus und mehrjährigen Ehrverlust. Das Schwurgericht III verurteilte Waligora nach längerer Beratung wegen Totschlägs zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Kühner Ausbruch eines Einbrechers.

Der berüchtigte Geldschrankeinbrecher Franz Kirsch, der in seinen Kreisen nur kurzweg „Ardia“ genannt wurde, ist gestern nachmittag von einem Sammeltransport, bei dem er von Hamburg nach Sonnenburg gebracht werden sollte, entwichen. Kirsch gehörte in Berlin zur Kolonne der „Wedding-Knacker“, unternahm aber auch militärische Arbeit in die Provinz und das Reich. Er hatte zehn Jahre Zuchthaus zu verbüßen. Kürzlich war er zu

Ein sensationeller Kampf ums Kind.

Das besorgte Gefühde.

Vor mehr als Jahresfrist erregte in Berlin die Entführung der siebenjährigen Tochter eines Kaufmanns, des Dr. Hermann Illig aus der Paulsborner Straße 90, außerordentliches Aufsehen.

Die Gattin des Dr. Illig hatte gegen ihren Mann die Ehescheidung beantragt, und Dr. Illig war in zwei Instanzen wegen ehewidrigen Verhaltens als Alleinschuldiger verurteilt und das einzige Kind dieser Ehe, die kleine Rosemarie, der Mutter zugesprochen worden. Bevor noch von dem Ehemann die dritte Instanz gegen diese Entscheidung angerufen werden konnte, starb im März 1926 die seit längerer Zeit lebende Frau Illig. Da unter diesen Umständen nach den gesetzlichen Bestimmungen das Kind wieder zum Vater zurückkehren müssen, nahm die Mutter, nachdem sie noch kurz vorher die kleine Rosemarie nach außerhalb in den Hym gebracht hatte, ihrer Schwester, einer Frau Schmidt, auf dem Sterbebett das Gefühde ab, das Mädchen niemals an den Vater auszuliefern. Sowohl Frau Schmidt wie ihre Mutter, Frau Rose, und ihre Schwester, Fräulein Rose, hielten darauf das Kind versteckt und verrieten auch der Polizei nichts. Wegen alle drei wurde daraufhin ein Strafverfahren wegen Kindesentführung eingeleitet. Frau Schmidt wurde in Haft genommen, aber wieder entlassen. In dem Prozeß wurde dann die Großmutter und Fräulein Rose freigesprochen, Frau Schmidt dagegen wegen Kindesentführung zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt. Auch in der Hauptverhandlung verweigerte sie die Auskunft darüber, wo das Kind versteckt gehalten wurde, und von diesem Standpunkt ging sie auch bei späteren Nachforschungen der Polizei nicht ab, so daß gegen sie eine neue Anklage wegen fortgesetzter Kindesentführung

erhoben wurde. Inzwischen hatte die Großmutter beim Vormundschaftsgericht beantragt, die Sorge für das Kind dem Vater zu entziehen. Das Gericht hat nun zunächst angeordnet, daß die kleine Rosemarie Illig in einem Erziehungsheim in Hermsdorf bei Berlin untergebracht werden solle. Daraufhin hat Frau Schmidt freiwillig das Kind selbst aus dem Kloster in Oberdörfelreich, in das man es zuletzt gebracht hatte, abgeholt und nach Hermsdorf gebracht.

Das neue Garagegebäude für den Stadtfuhrpart.

Das Stadtreinigungs- und Fuhramt hatte die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung des am Stralauer Platz im Bau begriffenen Garagegebäudes für den Stadtfuhrpart eingeladen. Der Stadtfuhrpart wurde im Jahre 1916 ins Leben gerufen und diente insbesondere zum Transport der rationellsten Lebensmittel und Brennstoffe. Da die Einrichtung sich bewährte, wurde sie auch nach dem Kriege beibehalten. Für die Zentralverwaltung der Stadt Berlin sowie für die Bezirke 1 bis 6 unterhält der Stadtfuhrpart Personen- und Lastkraftwagen. Er hat zurzeit 45 Lastwagen, Lieferwagen und Kleinwagen sowie 20 Personenwagen, und er beschäftigt an Fahr-, Werkstatt- und Verwaltungspersonal 223 Personen, außerdem noch eine Anzahl Kuchhilarbeiter. Der Stadtfuhrpart wurde nach dem Kriege im Karstallgebäude am Schloßplatz untergebracht. Auf Betreiben der Feuerpolizei mußte die Giebelhalle des Marstallgebäudes ausgebaut werden. Daher wurden die aus dem Grundstück des Viktoriaspeichers in der Köpenicker Straße befindlichen Garagen, die früher der Abzug gehörten und inzwischen in Privatbesitz übergegangen waren, umgebaut und dort der eigentliche Fuhrbetrieb nebst einer Betriebswerkstatt untergebracht, während die Hauptwerkstatt auf einem städtischen Grundstück in der Verlusstraße eingerichtet wurde. Im Mai dieses Jahres beschloßen die städtischen Körperschaften die Er-

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Gleb strich zärtlich über die glänzenden Teile der Maschinen und schaute Brynsa unermüdet mit feuchten, etwas trunkenen Augen an.

„Was hast du, Freund, für eine lebendige Organisation! — Magst nicht weggehen! Und wie das Werk hier verfaul ist, und wie die Menschen verfaul sind! . . . Warum steckst du hier, zum Teufel, und plagst deine Hände bei diesen Maschinen, wenn das Werk ein Stall ist, ein Schutthaufen und die Arbeiter Nichtstuer sind, Landstreicher? . . . Lauf nur auch weg, solange du nicht krepierst bist.“

Brynsa zitterte im Krampf vom Käppi bis zur kleinen Zehe. Die Muskeln in seinem Gesicht zuckten, verzerrten es bis zur Grimasse. Als ob das Herz in Brynsa zerspringen wollte, sein Blut brauste auf in trunkenen Blut. Mit voller Wucht schlug er mit seiner Faust auf den glänzenden Panzer der Dieselmotore und erstarrte fast.

„Das Werk muß wieder leben, Gleb. . . Das Werk kann nicht sterben. . . es verlangt nach dem Leben, sonst frißt es uns auf. . . Du weißt nicht, wie die Maschinen leben? . . . Nein, du weißt nicht. . . Man kann den Verstand verlieren, wenn man das sieht und fühlt. Wer kennt das? Ich kenne es. . . nur ich!“

Nie war Brynsa in solch einer Verzweiflung gewesen. Er war bei den Maschinen geblieben und ist mit den Maschinen stehen geblieben. Als die Dieselmotore still wurden und die Menschen über sie hinweg in dichten Massen zur Revolution, zum Bürgerkrieg, in den Hunger und in das Leiden gegangen waren — war er im Schweigen des Maschinenhauses geblieben. Er lebte so, wie die Maschinen lebten, und war ebenso einsam, wie diese strengen glänzenden Mechanismen.

„Geh weg von hier, störe mich nicht. Aber merke es dir: das Werk muß wieder lebendig werden. Wenn Maschinen da sind, Freund, so können sie nicht ruhen, sie arbeiten sogar dann, Bruder, wenn sie stehen. . . Ach, wenn du das verstehen könntest! . . . Ob du's fühlst oder nicht, du mußt alles tun, um das erste Streichholz anzuzünden? . . . Merke dir das, und denke jeden Augenblick daran. . .“

Gleb nahm Brynsas Hand und schüttelte sie in freudiger Erregung.

„Freund! Recht hast du! . . . Das Werk muß arbeiten, wenn es ein Werk ist. Hier hast du meine Hand: wir werden das Werk in Gang bringen! Mag ich sterben, mag ich ein Krüppel werden, aber das Werk wird leben. . . Wirklich! Laß deine Dieselmotore nur gefüllt dastehen. . . Wir werden alles dazu tun, Freund, mit allen Fasern. . .“

4. Brüder.

Im Souterrain des Hauses der Fabrikleitung, im engen, schmalen Korridor drängten sich im süßlich-dunstigen Dampfe der feuchten Zementes Häufen von Arbeitern herum, und es roch dort nach feuchtem Dampfbad und braunem Tabakquaim. In diesem schmutzigen Rauch waren auch die Menschen vom grauen Graue der Steinbrüche und Straßen ebenso schmutzig wie das Grün rings umher und die Gebäude des Werkes. Sie waren trüb, verwachsen und hatten alle ein Gesicht, als ob sie nächtliche Schattien wären. Und rund herum ein jahrmarktähnliches Getöse, ein sinnloses Treiben und viehisches Lachen, das die Wände erschütterte, und ein Brüllen. Sie schrien in wüstem Durcheinander über die Nationen, über den Fraß in den Küchen, über Petroleum, über die Zuschüsse, Feuerzeuge und Ziegen, über die armen, arbeitenden Menschen, auf deren Nacken alles mögliche Gesindel herumritt.

Und die Tür zum Zimmer des Fabrikkomitees war offen, und auch dort war ein durchdringender, rauchiger Schmutz, Häufen von Arbeitern und stinkender Schweiß gestockten Mühsigganges.

Gleb wurde nicht erkannt, als er sich durch das Gedränge hindurcharbeitete. Menschenscheu und trübe, mit verstedtem Hoffe, stierten alle Augen auf seinen Helm mit dem Stern, auf seinen Orden der Roten Fahne. Und man schaute ihm nicht nach, vergaß ihn, war gleichgültig wie gegen alle Menschen: treiben sich denn nicht genug Kommissäre und allerlei Menschen mit und ohne Aktenstaschen im Fabrikkomitee herum?

Vor der Tür tanzte ein Burtsche in einem weißen Häubchen, mit einem Wieder über seinem Rock und einer Schnurrbartbinde auf den rasierten Lippen. Ein dichter Haufen von Menschen preßte ihn zusammen und er arbeitete sich mit seinen Ellenbogen durch, schrie mit Weiberstimme und bewegte sich affektiert, wie in einer Schaubude.

„Ach, gestatten Sie mir, mich Ihnen vorzustellen. . . Berzeigung! . . . Ach, greifen Sie nicht nach meiner Barde! . . . Ach, Bürger ich bin eine anständige Sowjetproletarierin. . . Ach, rührt mich nicht an, sigelt mich nicht!“

Oh, du Kepschen, wohin rollst du, kommst in den Betriebsrat findest deine Ruh. . . Und die Menschen beantworteten seine Nieder und Schreie mit entzücktem Brüllen und Lachen.

„Ein niederträchtiger Gesell! . . . Dieser Mitjka! . . . hauer, Teufel! . . . Harmonikspieler. . . ihn holt weder der Teufel noch der Pope noch die Sowjetgewalt. . . Niemand kommt ihm bei, diesem Ungeheuer! . . .“

In der Tür zitterte und wand sich wütend ein kleines halbtrepertes Männchen. Man sah nur seine lodernen Augen unter der knochigen Stirn, zwischen den Wadenknochen. Der Schloffer Gromada. . . Gleb erschrak: wie es diesen Menschen zusammengedrückt hatte in diesen drei Jahren.

„Genosse, laß das Jotenreihen! Es ist eine Schande und Schmach, sich so herzurichten, und so weiter. . . Können wir. . . uns selber nicht verstehen. . .“

Und konnte nicht zu Ende sprechen, Mitjka unterbrach ihn: „Ach, Genosse Betriebsrat, entschuldigen Sie, verzeihen Sie, binden Sie Ihre Nerven in ein Bündelchen und stecken Sie es mit einer Stednadel an den Nabel. . . Gestorben! . . . Krepier! . . . Gerührt und erschütter! . . . Ich leg das Nieder aufs Parkett, die Hofenträger als Wagen, als Fügel den Kragen, und wenn ich so in voller Parade losfahren kann. . . dann fahre ich zu einer Demonstration. . . prrrr . . .“

Und wieder gebärdete er sich wie ein Clown, arbeitete sich mit den Ellenbogen zum Ausgange durch und die ganze Menschenmasse kroch ihm, entzückt von dem Schauspiel, nach.

Gleb ging ins Zimmer und stellte sich hinter die Arbeiter an die Wand. An dem Tisch des Fabrikkomitees saßen der budlige Boshat, der schwarze, durch und durch verrostete Schloffer, und der kleine Gromada. Boshats Brust lag über dem Tisch wie ein Stück Anthrazit, und sein Kopf, in einer von Fingern abgegriffenen, glänzenden Mütze, mutete auch wie ein Stück Anthrazit an. In seinem Gesicht — eine zerquetschte Nase und verschwollene, blutunterlaufene Augen. Er sah da wie ein stummer Steingöbe, und Gromada war aufgeregt, spitzte Speichel um sich, sprang auf, setzte sich wieder, kratzte mit den Knochen (das war der Stuhl, der unter diesem Menschen ohne Sitzfleisch kratzte) und schrie alle an und wehrte sich gegen alle. (Fortsetzung folgt.)

Bildungsarbeit im Winter.

Vorbereitung für das Wahljahr 1928.

Die Berliner Arbeiterbildungsschule verfolgt das Ziel, der organisierten Arbeiterklasse sozialistisches Wissen zu vermitteln und dadurch der politischen und wirtschaftlichen Bewegung eine feste Grundlage zu geben. Im Vordergrund der sozialistischen Schulungsarbeit muß mehr als je politische Zweckschulung stehen. Die Bildungsarbeit ist in den Mittelpunkt des politischen Lebens hineingestellt. Sie verläuft nicht außerhalb der politischen und wirtschaftlichen Bewegung des Proletariats, sondern ist untrennbar mit ihr verbunden. Nach wie vor ist ihre Hauptaufgabe die Schulung der Funktionäre und des proletarischen Nachwuchses. Aber neben dieser Aufgabe verfolgt sie auch das Ziel, auf breitere Kreise der Arbeiterklasse einzuwirken, ihr Klassenbewußtsein zu wecken, ihr Wissen zu vertiefen, ihnen stärkeren geistigen und feilschen Antriebe zu geben.

Besonders dringend erscheint diese Arbeit jetzt, am Vorabend großer sozialistischer Entscheidungen. Das Jahr 1928 bringt uns nicht nur Wahlen im Reich, in Preußen, in den Gemeinden, sondern auch Wahlen in England, Frankreich und Amerika, die von weittragender Bedeutung für die weltpolitische Entwicklung sein werden. Wenn die Anzeichen nicht trügen, ist der politische Tiefstand der letzten Jahre überwunden, überall ist die Welle der sozialistischen Bewegung im Aufsteigen begriffen. Mit ihr wächst nicht nur der politische Machtwille der Arbeiterklasse, sondern auch ihr Bildungsdrang, ihre Sehnsucht nach Hebung und Durchgeistigung ihrer eigenen Bewegung. Diesen Zielen zu dienen, ist Aufgabe unserer Bildungsarbeit. Ihnen ist auch das nachstehende Programm unserer Arbeiterbildungsschule angepaßt.

Neben den Kursen, die der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schulung unserer Genossen dienen, haben wir auch einen Kursus eingerichtet, in dem Rechtsfragen behandelt werden. Waren die Arbeiter bisher nur immer Objekt der Rechtspflege, so sind sie doch heute schon, wenn auch leider nur in geringem Maße, berufen, bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit mitzuwirken. So als Beisitzer bei dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht, oder auch bei der Strafkammer als Jugendgerichtsbekleidete oder Schöffen. Die hierzu nötige Gesetzkenntnis zu vermitteln soll der Zweck dieses Kursus sein.

Rechtswald Dr. Halpert unterrichtet vom 25. Oktober ab jeden Dienstag, abends von 7 bis 9 Uhr im Schulsaal der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Johannistr. 14/15.

Wir lassen nun eine Zusammenstellung sämtlicher Kurse folgen.

1. Kreis — Mitte: Staat und Verfassung. Lehrer: Studienrat Dr. F. Hennigsen. — Jeden Dienstag in der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17. Beginn Dienstag, 18. Oktober.
2. Kreis — Neukölln: Kulturpolitik und Sozialdemokratie. Lehrer: Studententrat Erwin Marquardt. — Jeden Montag in der Klosterstr. 24, Zimmer 4. Beginn Montag, 23. Januar 1928.
3. Kreis — Wedding: Die Verfassung der Deutschen Republik; unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Frau. Lehrer: Clara Behn-Sand. — Jeden Dienstag in der Vorwärtsredaktion, Ultradter Straße, Ecke Müllerstraße. Beginn Dienstag, 18. Oktober 1927.
4. Kreis — Prenzlauer Berg: Die Frau im Wandel der Jahrhunderte. — Lehrer: Dr. Marie Krieger. — Jeden Dienstag in der Schule Danziger Straße 21. Beginn Dienstag, 21. Januar 1928.

bahnstation Berlin bei genügender Beteiligung eine Sonderfahrt nach dem Rielengebirge veranstalten. Der Zug fährt am Sonntag mittags ab Bahnhof Friedrichstraße 13.22 und ist um 19.18 in Hirschberg, um 20.33 in Oberdreierbach und 20.08 in Krummhübel. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag abends ab Krummhübel 17.12, ab Oberdreierbach 16.55 und ab Hirschberg 18.16. Um 0.22 ist der Zug wieder in Berlin, Bahnhof Friedrichstraße. Die Fahrpreise betragen nach Hirschberg 12.60 M., nach Oberdreierbach 14.— M. und nach Krummhübel 15.— M. Der Fahrkartenerwerb beginnt am Montag, dem 10. Oktober.

211 Jahre Zuchthausstrafe.

Dem Erweiterten Schöffengericht Mitte wurde gestern wiederum der Raffeneinbrecher Paul Buchmann, der sich in seinem Berufe als Artist bezeichnet, vorgeführt, um sich wegen eines Einbruchs aus dem Jahre 1922 zu verantworten. Der Angeklagte ist, obwohl er erst 35 Jahre alt ist, schon mit sehr vielen Jahren Zuchthaus bestraft worden, die er auch schon verbüßt hat. Bemerkenswert an ihm ist, daß er im Laufe des letzten Jahres von zehn verschiedenen Gerichten zu der Höchststrafe von je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, und von anderen Stellen zu etlichen weiteren Jahren Zuchthaus. Im ganzen hat er bisher an Einzelstrafen, wie er selbst gestern angab, 208 Jahre Zuchthaus erhalten, braucht allerdings nur einmal 15 Jahre Zuchthaus insgesamt abtun. Gleichmütig gab er auch diesen neuen Strafstoß unumwunden zu und berichtete, er habe mindestens 500 Einbrüche verübt. Er sei auch in Bayern, in Hamburg, Preußen und Sachsen deswegen schon abgeurteilt worden, aber er könne das alles nicht mehr auseinanderhalten. Buchmann erhielt eine neue Strafe von 3 Jahren Zuchthaus und hat damit seinen Rekord auf 211 Jahre Zuchthaus gebracht.

Eröffnungsfest der Humboldt-Hochschule.

Den Auftakt zum 50. Studienjahr der Humboldt-Hochschule, das mit den Vorlesungen des kommenden Wintersemesters beginnt, bildete eine in der Aula des Sophienstädtischen Gymnasiums veranstaltete Feier, der zahlreiche Gäste beizuhörten. Der erste Vorsitzende der Hochschule, Dr. B. Gaster, erinnerte in seiner mit herzlichem Beifall aufgenommenen Ansprache an die Gründung der Hochschule im Jahre 1817. Trotz großer Kultur- und Wirtschaftskatastrophen, wie Weltkrieg und Inflation, sind die Vorlesungen nie unterbrochen worden. Mit einem Hinweis auf den neuen reichhaltigen Lehrplan und der Rahmung, im Sinne der großen geistigen Führer, besonders aber Alexander von Humboldt, zu arbeiten, schloß der Redner seine Ausführungen. Im Anschluß an diese Ansprachen hielt Dr. Ernst Cohn-Wiener durch einen Lichtbildvortrag drei Kunstwerke. Er sprach über A. K. Kollwitz, die in diesem Jahre ihren sechzigsten Geburtstag feiert, dann über den achtzigjährigen Max Liebermann und über Böcklin, dessen Geburtstag sich zum hundertsten Male feiert.

Sonntagsdienst der Ärzteschaft in Berlin.

Die Ärzteschaft in Groß-Berlin hat einen Sonntagsdienst eingerichtet, der es ermöglicht, daß die Ärzte ihrer Sonntagsruhe pflegen, und daß den Patienten jederzeit eine sofortige ärztliche Hilfe ermöglicht wird. Zu diesem Zweck ist Berlin in Bezirke eingeteilt und für jeden Sonntag ein Arzt bestimmt, der in einer gedruckten Liste in den Apotheken und bei den Ärzten namhaft gemacht wird. Der Patient hat sich in erster Linie an seinen behandelnden Arzt zu wenden und wird in dessen Wohnung Auskunft bekommen, für den Fall, daß der Arzt von der Sonntagsruhe Gebrauch macht und der dafür zuständige diensthabende Arzt eintritt.

Er hat sein Urteil mitgebracht.

Der seltene Fall, daß ein Angeklagter sein Urteil gleich mitbringt, ereignete sich auf dem Potsdamer Amtsgericht. Pawelski, ruft der Justizwachtmeister auf. Mit Siegereuene tritt Pawelski vor die Anklagebank. Vorhänder: „Sie werden beschuldigt, im November 1922 Ihrem Logierwirt verschiedene Sachen mittels Einbruchs gestohlen zu haben.“ Angeklagter: „Alles schon

4. Kreis — Prenzlauer Berg: Probleme der Weltwirtschaft. Lehrer: Dr. Gregor Wienhöf. — Jeden Freitag im Bezirksamt Danziger Str. 64, Zimmer 311. Beginn Freitag, 21. Oktober 1927.

5. Kreis — Friedrichshagen: Sozialdemokratie und Außenpolitik. Lehrer: Studententrat Erwin Marquardt. — Jeden Dienstag in der Schule Petersburger Straße 4, Zimmer 2. Beginn Dienstag, 18. Oktober 1927.

6. Kreis — Kreuzberg: Grundbegriffe der ökonomischen Lehren von Karl Marx. Lehrer: Dr. Gregor Wienhöf. — Jeden Dienstag im Bezirksamt Kreuzberg, Nordstr. 11, Zimmer 29. Beginn Dienstag, 18. Oktober 1927.

7. Kreis — Charlottenburg: Verfassungsgeschichte. Lehrer: Dr. F. Hertel. — Jeden Donnerstag im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Beginn Donnerstag, 27. Oktober 1927.

8. Kreis — Wilmersdorf: Kulturpolitik und Sozialdemokratie. Lehrer: Studententrat Erwin Marquardt. — Jeden Freitag in der Hindenburg-Oberrealschule, Wilmersdorf, Seebach. Beginn Freitag, 21. Oktober 1927.

9. Kreis — Schöneberg: Die politischen Programme der sozialistischen Arbeiterbewegung als Marksteine der politischen Entwicklung. Lehrer: Studententrat Erwin Marquardt. — Jeden Montag in Schöneberg, Rastin-Luther-Str. 68, bei Will. Beginn Montag, 17. Oktober 1927.

10. Kreis — Steglitz: Staats- und Verfassungsgeschichte. Lehrer: Rudolf Abraham. — Jeden Freitag in Steglitz, Grunewaldstraße, Lesebibliothek der Stadtbibliothek. Beginn Freitag, 21. Oktober 1927.

11. Kreis — Tempelhof-Mariendorf: Kulturpolitik der Sozialdemokratie. Lehrer: Studententrat Erwin Marquardt. — Jeden Donnerstag in der Mittelschule Mariendorf, Kurfürstendamm, Radlarbeitstraum. Beginn Donnerstag, 29. Oktober 1927.

12. Kreis — Reinickendorf: Die heutige Wirtschaftspolitik des Sozialismus. Lehrer: Dr. Jakob Marschall. — Jeden Dienstag in der Mädchenmittelschule, Reinickendorf, Donaustr. 125. Beginn Dienstag, 18. Oktober 1927.

13. Kreis — Reinickendorf: Geschichte der Arbeiterbewegung. Lehrer: Stadtrat Albert Grottel. — Jeden Donnerstag im Lehrerzimmer der 48./49. Gemeindefschule, Eichenstraße. Beginn Donnerstag, 29. Oktober 1927.

14. Kreis — Treptow/Niederschöneweide: Europäische Probleme, Weltwirtschaft und Völkerbund. Lehrer: Wolfgang Schwarz. — Jeden Donnerstag in der Schule Niederschöneweide, Dasselwerder Straße. Beginn Donnerstag, 29. Oktober 1927.

15. Kreis — Köpenick: Europäische Probleme und Weltwirtschaft. Lehrer: Dr. Sturm. — Jeden Freitag in Köpenick, Schloßstr. 271. Beginn Freitag, 21. Oktober 1927.

16. Kreis — Lichterfeld: Die politischen Parteien in Deutschland. Lehrer: Georg Kahlke. — Jeden Donnerstag in Lichterfeld, Weichselstraße 28, Bibliothek. Beginn Freitag, 21. Oktober 1927.

17. Kreis — Weißensee: Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Lehrer: Dr. Kurt Bloch. — Jeden Dienstag im Schulgebäude, Wilhelmstraße 42, Weißensee. Beginn Dienstag, 18. Oktober 1927.

18. Kreis — Pantow: Probleme der Weltwirtschaft. Lehrer: Dr. Gregor Wienhöf. — Jeden Montag im Jugendheim Pantow, Riffingenstraße 48. Beginn Montag, 17. Oktober 1927.

19. Kreis — Reinickendorf: Die politischen Parteien in Deutschland. Lehrer: Georg Kahlke. — Jeden Dienstag in der 1. Gemeindefschule, Reinickendorf-Lö, Lindauer Straße, Zeichenaal. Beginn Dienstag, 18. Oktober 1927.

Kursus für Elternbeiträge: Aufbau und Aufgaben der weltlichen Schule — Reichshaus. Lehrer: Genosse Richard Schröder. — Jeden Dienstag in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17. Beginn Dienstag, 25. Oktober 1927.

Kursus für Schöffen und Patenrichter: Strafrecht. Lehrer: Dr. jur. Halpert. — Jeden Dienstag im Schulsaal der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände, Johannistr. 14/15. Beginn Dienstag, 25. Oktober 1927.

Anmeldungen werden bei Beginn der Kurse im Schulsaal und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, zweiter Hof, zwei Treppen, Zimmer 8, entgegengenommen. Die Hörgeldgebühr beträgt für 16 Doppelpunkte drei Mark.

abgemacht. Hier ist mein Urteil.“ Und zum Erstaunen des Gerichts überreicht Pawelski eine Urteilsausfertigung, wonach er am 17. Juli 1923 in dieser Sache zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt ist. „Zeigen Sie mal her“, meinen Staatsanwalt und Vorhänder. Pawelski reicht das Urteil vorzüglich auf den Richter hin, hält es aber trampfhaft mit beiden Händen fest. Staatsanwalt: „Lassen Sie uns das Urteil hier.“ „Nichts zu machen, herr Staatsanwalt“, meint Pawelski entrüstet. „Das gebe ich nicht vor die Welt aus den Händen, hat mir der Herr Staatsanwalt angeklagt, soll er nachprüfen, ob ich nicht schon verurteilt bin.“ Die Sache wird zur Nachprüfung verlagert, und erhobenen Hauptes verläßt Pawelski den Gerichtssaal.

Direktor Thomas in der Jugendausstellung.

Der Ausstellung des Jungen Deutschland wurde zum Schluß die Ehre zuteil, Herrn Direktor Albert Thomas, der zur Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Berlin weilte, bei sich zu sehen. Direktor Thomas, der alles mit großem Interesse betrachtete, war besonders über die sozialpolitische Abteilung sehr erfreut. Die Ergebnisse aus den erstmalig bei jugendlichen unternommenen Rundfragen seien für eine internationale Regelung der Freizeit von großer Bedeutung.

Delawareneinbrecher mihnten die jüdischen Feiertage zu einem großen Streiche aus. Sie rechneten damit, daß sich in einem Geschäft in der Wilmersdorfer Straße während der Feiertage niemand werde sehen lassen und beschloßen, es auszunutzen. Als am Freitagmorgen das Geschäft wieder geöffnet wurde, entdeckte man den Einbruch und stellte fest, daß die Diebstahls nicht weniger als für 60 000 Mark Feh- und Perzepte mitgenommen hatten.

Verlängerung der Ausstellung „Die Mode der Dame“. Die Berliner Ausstellung „Die Mode der Dame“, deren Ende ursprünglich auf den 16. Oktober festgesetzt war, ist mit Rücksicht auf den außerordentlichen Besuch, den die Ausstellung aus Berlin, aus dem gesamten Reich und aus dem Auslande zu verzeichnen hat, nach bis zum 30. Oktober einschließlich verlängert worden.

Abfahrt des D 1230 verschoben.

Lissabon, 7. Oktober. Infolge des bei den Azoren herrschenden Sturmes hat das Flugzeug D 1230 die Abreise auf morgen verschoben in der Hoffnung, daß das Wetter dann einem Start günstig ist.

Die deutschen Flieger wurden am Freitag auf der deutschen Gesellschaft in Lissabon empfangen und statten sodann dem Staatsoberhaupt General Carmona einen Besuch ab. Am Nachmittag wurde von dem Chef des Marineflugwesens, Admiral Gago Coutinho, und den portugiesischen Fliegeroffizieren für sie ein Empfang veranstaltet.

Zwei britische Militärflugzeuge zusammengestoßen.

London, 7. Oktober. Auf dem Flugplatz der Fliegerhülle in Stamford stießen zwei Militärflugzeuge zusammen. Einer der Piloten wurde verletzt; ein Flugzeug ging in Flammen auf.

Im Tennis-Wettkampf London-Berlin in London schlug Frau Godfrey-England Frau Rebba mit 6:1 und 6:4, Herr Sharpe-England Herrn Harz mit 6:3, 6:1, 6:3.

Wetterbericht der östlichen Wetterdienste Berlin und Umgegend (Nachr. verb.) Wolka, ohne erhebliche Niederschläge, ziemlich mild, bei kühleren Nordwestwinden. — Für Deutschland: Im Osten noch leichte Regenfälle, sonst meist mäßig bei wenig geänderten Temperaturen. Im Süden leichte Erwärmung.

einem Termin nach Hamburg gebracht worden und sollte gestern in die Strafanstalt zurücktransportiert werden. Bei einer Wogenkontrolle in Nauen stellte es sich heraus, daß der „Schwere Junge“ aus seiner Einzelzelle entküpelt war. Man hatte ihn dort aus Gründen der Vorsicht untergebracht und ihm außerdem die Hände gefesselt. Mit Hilfe einer Stahlfuge hatte er sich der Fesseln entledigt, den Fußboden des Waggons ausgefügt und die Breiter soweit herausgehoben, daß er durch die Öffnung hindurchkriechen konnte. Seine lähne Blucht muß er zwischen Paulinenaue und Nauen bewerkstelligt haben. Obwohl die Landjäger auf Pferde und zu Rad sofort umfassende Streifen unternahm, war von Kirsch nichts mehr zu sehen.

Unbewachte Juwelen.

Die diebische Portierfrau.

Der große Juwelen Diebstahl in der Hohenzollernstraße, der im letzten Sommer erhebliches Aufsehen erregt hat, beschäftigte gestern das Amtsgericht Mitte. Die Juwelen Diebin hatte sich in der Person der Portierfrau des Hauses, Elise Horn, zu verantworten. Gestohlen waren Brillanten und Schmuckgegenstände im Werte von etwa 40 000 M.

Der Chemiker, Dr. S. war mit seiner Frau viel auf Reisen und hatte während der Zeit der Angeklagten Horn die Aufsicht der Wohnung übertragen. Auch als Frau S. plötzlich starb und der Witwer nach seiner Bestattung in Werder übersiedelte, blieb die Portierfrau die Hüterin der großen Wohnung, zu der sie die Schlüssel hatte. Eines Tages vermißte Dr. S. bei der Durchsicht der Schmuckkisten seiner Frau ein wertvolles Stück. Bei den Nachforschungen stellte sie heraus, daß noch eine Reihe weiterer Schmuckgegenstände fehlten. Spuren eines Einbruchs waren nicht vorhanden. Es konnte also nur jemand den Diebstahl ausgeführt haben, der Zutritt zu der Wohnung hatte. Bei einer Hausdurchsuchung wurde dann aber in der Wohnung der Portierfrau der Smaragdring mit Brillanten gefunden. An Stelle der Patronen waren die Brillanten in den Lauf gesteckt worden. Nach monatelangem Leugnen gab nun Frau Horn zu, die Juwelen Diebin gewesen zu sein, sie behauptete jedoch, daß sie den größten Teil der fehlenden Schmuckgegenstände in den Landwehrkanal geworfen habe. Trotz eifrigsten Abfuchens des Wasserlaufes sind die Schmuckgegenstände bisher nicht gefunden worden. Bei dieser Darstellung blieb sie auch gestern vor Gericht. Rechtsanwält Dr. Lohr hat bezichtigt die Tat der Angeklagten als die Tragödie einer Frau im gefährlichen Alter. Diese Tatsache allein gebe die psychologische Erklärung für ihre Handlungsweise. Die Angeklagte erhielt 6 Monate Gefängnis.

Das Ausland über die Ambulatorien.

„Die medizinische Organisation der Zukunft.“

Die Einrichtung der Berliner Krankenkassen, vor allem der Ambulatorien, wurden kürzlich von dem Präsidenten der University Chicago, Prof. Willis, besichtigt. Er hat daraufhin an den Direktor der Krankenkassen, Genossen Julius Cohn, ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt:

„Ich bin dankbarer, als ich in Worten ausdrücken kann, für den überwältigenden Eindruck, den ich bei dem Besuch Ihrer Ambulatorien empfangen habe. Schon dieser Besuch allein lohnt die Reise von Chicago nach Europa. Ich hatte viel davon gehört, aber was ich sah, übertrifft alles, was ich zu sehen erwartet hatte. Die Ambulatorien sind wundervoll, sie sind gut organisiert, ordentlich und sauber, glänzend ausgerüstet und vorbildlich geleitet. Die Diagnostik- und Behandlungsräume sind sicherlich weit besser, als man sie sonst sogar bei hervorragenden Spezialisten finden kann. Dabei hat das Ambulatorium aber noch den besonderen Vorzug, billig zu sein. Diese Einrichtungen übertrreffen alles, was wir in ähnlicher Art in Amerika haben. Nur zu sehr wünsche ich, solche Einrichtungen in Chicago zu haben. Diese Ambulatorien vermitteln ein Bild von der medizinischen Organisation der Zukunft.“

Diese Anerkennung, die die Ambulatorien auch von Vertretern des Auslandes finden, sind ein ehrenvolles Zeugnis für unsere Krankenkassen, sie zeigen auch, daß bei ihrer Einrichtung ein erfolgsverheißender zukunftsweisender Weg beschritten wurde.

Um die 8000 Wohnungen.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beendete gestern die zweite Lesung des Vertrages mit der „Bewoag“, in der bekanntlich die Holzmann-Haberlandgruppe und die Sozialen Bauhütten zusammengeschlossen sind, wegen des Baus der 8000 Wohnungen. Es wurden die folgenden Verbesserungen der ursprünglichen Bedingungen durchgeführt: An Stelle der halbjährlichen Rinszahlung tritt eine vierteljährliche, wodurch rund eine Million erspart wird. Die Verbesserung des Auszahlungskurses der amerikanischen Anleihe kommt reslos der Stadt zugute, jegliche Gewinne der „Bewoag“, die 5 Prozent des Gesamtkapitals übersteigen, verfallen der Stadt. Die Schlussabstimmung über den Vertrag wurde bis zu der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung ausgesetzt. Inzwischen soll nach einem sozialdemokratischen Antrage der Schrobbsdorf-Konzern, dessen nachträgliches Angebot bekanntlich günstiger sein schien als das der „Bewoag“, dem Magistrat die detaillierten finanziellen Grundlagen seines Projektes einreichen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Woche endgültig das Projekt verabschiedet wird.

Münzernspracherüber.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Charlottenburg hatten sich gestern die stellunglosen Kaufleute Chantre und Scherle wegen einer Reihe von Verabredungen von Posttelephonapparaten zu verantworten. Zuerst hatten die Angeklagten dieses Gewerbe in Frankfurt a. M. betrieben und es dann in Berlin fortgesetzt. Mit einem Nachschlüssel öffneten sie auf Bahnhöfen und in Restaurants die Geldkästen an den Telephonautomaten und plünderten sie aus. Sie waren auch geständig, das in Frankfurt in 18 Fällen, in Berlin in etwa 40 Fällen getan zu haben. Das Schöffengericht verurteilte die beiden Angeklagten, die schon erheblich vorbestraft waren, und gegen die Zuchthausstrafen beantragt worden waren, zu je 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. — Ein ähnlicher Fall beschäftigte vor einigen Tagen das Schöffengericht Mitte. Hier handelte es sich nur um einen Versuch. Ein 18jähriger Schlosserlehrling, der von Hause entlaufen war und sich seitdem herumtrieb, wurde dabei abgefaßt, als er einen Telephonkasten erschließen wollte. In dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß Fernsprechautomaten eine Alarmleitung direkt zum Polizeirevier haben. Das mußte der Angeklagte nicht, und während er noch bei der Arbeit war, wurde er festgenommen. Der junge Bursche erhielt 6 Wochen Gefängnis.

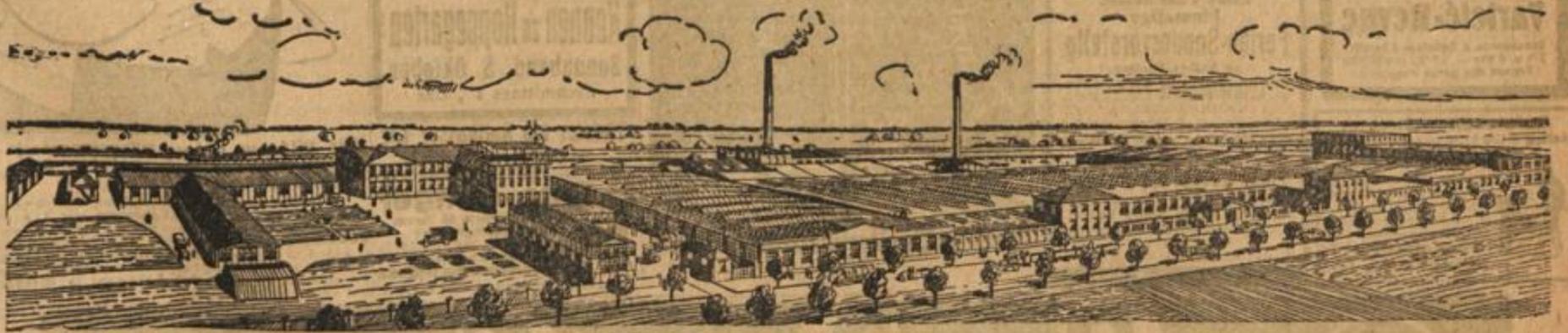
Nächster Sonntagsausflug nach Hamburg.

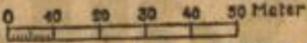
Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß der für Sonntag, den 9. Oktober, vorgesehene Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen bestimmt verkehren wird. Der Zug fährt ab Lehrter Bahnhof 6.32 und trifft in Hamburg um 11.35 ein. Gegen Mitternacht ist der Zug wieder in Berlin. — Acht Tage später, am Sonnabend/Sonntag, dem 15. und 16. Oktober, wird die Reichs-

Elektrolux

Technische Eigenschaften, Handlichkeit und Beliebtheit bei dem Publikum verschafften dem Elektrolux-Staubsauger seine führende Stellung.

Die gleiche technische Vollendung und Handlichkeit zeichnen den neu erschienenen Elektrolux-Dreischeiben-Bohner aus. Deshalb wird auch er sich die Wertschätzung der Hausfrau und damit die führende Stellung sichern.



Maßst 1 : 145  0 10 20 30 40 50 Meter
LUX-WERKE BERLIN-TEMPELHOF

Verkaufsstellen in sämtlichen Groß- und Mittelstädten des Reiches

In dieser Woche bei Lindemann



Veloutine
ca. 100 cm breit, große
Farbenreue . . . Mtr. 7⁹⁰

Lindener Samt 5⁹⁰
in allen Farben Mtr. 6.90

Papillon-Composé 2⁶⁵
reine Welle . . . Mtr.

Ottomane 7⁹⁰
gute Mantelware,
ca. 140 cm breit, Mtr.

Bett-Garnituren 5⁹⁰
Deckbett mit 2 Kissen,
Wäsche . . . Meter

Barchent-Laken 1⁹⁵
weiß, mit Kante . 2.95

Herren-Garnitur 3⁹⁵
feinfarbige Baumwolle 4.90

Damenschlüpfer 1⁴⁵
mit angeraumtem Futter,
Größe 42-48 . . 1.95

Damenstrümpfe 2⁹⁵
Bemberg, künstl. Wäsche,
seide 3.75

Herren-Socken 1⁹⁵
reinwoll. Kaschmir und
Wolle mit Seide . 2.95

Die neue Linie!
Ottomane-Mantel
mit groß. Pelzbesatz
ganz auf Damassé

TURMSTRASSE · SCHÖNEB. HAUPTSTRASSE · LANDSBERGER ALLEE

Deutsches Theater
Norden 10334-37
4 Uhr, Ende 11 Uhr
Troilus u. Cressida
Idealspiel von Shakespeare

Kammerspiele
Norden 10334-37
4 1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Ihr Mann
Lehrspiel von Paul Gerhild

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
9 1/2 Uhr, Ende 10 1/2
Zinsen
Komödie
von Bernard Shaw
Piscatorbühne
Kurfürst 2091/93
8 Uhr

Hoppla, wir leben
von Ernst Toller
mit Erwin Piscator
Abt. Stöckert, Wellmann,
Bach, Grant, Grunh,
Lammann, Kellmann, Sosa,
Höber.
Heute 12 Uhr nachts
letzte Nachtvorstellung
„Blanc Bluse“
sowjetruss. Klein-
kunstbühne Moskau
zum 1. Male
in Deutschland,
Deutsche Begleitw.
Curt Böss.
Probe 1 für Nachvorstellung:
1, 2, 3, 4, 5 u. 6 Mk.

Großes Schauspielhaus.
tägl. 11 Ende 11 U.
DER MIKADO
Die neue
CHARELL-
Inszenierung mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Szöke Szakall
Werkmeister
Westermeier
Jackson Boys
Sunshine Girls
Srg. nachm. 3 Uhr
ungekürzte Vorst.
zu halben Preisen
Vorverkauf
10-6 Uhr

Nachruf.
Am 2. Oktober 1927 entschlief nach kurzer schwerer
Krankheit unser langjähriger Verwaltungsdirektor, Herr
Gustav Cassi.
Seine Treue und sein uner müdlicher Pflichter, mit
dem er 37 Jahre die Verwaltung unserer Anstalt geleitet,
sichern ihm unseren unvergesslichen Dank.
Ehre seinem Andenken!
**Aufsichtsrat und Direktorium der Pensionsanstalt
der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Werkzeugmacher Achtung!
Montag, 10. Oktober, nachm. 8 Uhr,
im „Kottbuser Krug“, Kottbuser
Straße 19
Berammlung
aller Kollegen der Kleinbetriebe.
Die Ortsverwaltung.

Berliner Uik-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 1

Für die uns emüchlich der Befreiung
meines lieben Mannes, unseres
Vaters, Schwiegervaters und Opa-
ters erwirren Anteilnahme fagen
wir hiermit allen lieben Bekannten,
Freunden, insbesondere dem Bezirks-
verband und der 21. Abteilung der
S.P.D. unseren tiefgefühltesten Dank.
Mina Washowski,
Fritz Washowski und Frau,
geb. Gold
Willy Krögel und Frau,
geb. Washowski
und 6 Enkelkinder.

CREPE-SOHLN
NICHT KAPUTZUKRIEGEN

billig,
weil sie länger halten als das
Schuhzeug

chic,
weil jede Art Schuhzeug mit Crepe-
Sohlen eigenartig und flott wirkt

gesund,
weil die Crepe-Sohlen wasserdicht
und warm sind

angenehm,
weil sie einen elastischen Gang
ohne Ermüdung bewirken und,
weil der Fuß keine Unebenheiten
und Steinchen durch die Sohle fühlt

praktisch,
weil die Sohlen mit Leichtigkeit
unter jede Art Schuhzeug zu kleben
sind und

modern,
weil jeder fortschrittlich versinarte
Mensch die Crepe-Sohlen tract
und sie nie wieder missen möchte

Durch Crepe-Sohlen zu Höchstleistungen im Sport
Seid sparsam und klug, verlangt nur die echten
auf der Plantago selbst fertig hergestellten
ORIGINAL-CREPE-SOHLN
RUBBER GROWERS' ASSOCIATION, 2,3,4, 100L LANE LONDON EC. 3.

Neues Theater
am Zoo
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Justigen
Thoma-Komödien.

Akordkolonne
für Wöib- und Einschaltungsarbeiten
für eine Baustelle Nähe Berlins sofort gesucht. — Zu
melden bei Huta A.-G., Berlin W 35, Potsdamer Str. 28

Planatorium am Zoo
Verlag, Jandelsbühl Str.
No. 1578
Der Sternhimmel auf
der Reise von Berlin
nach dem Äquator
Vorführungen:
4 1/2, 6, 7 1/2, 9 Uhr
Eintritt 1 M.
Kinder ab 15 Jahren 50 Pf.

2 Landhäuser
verkauft preiswert,
sofort bezugsbar
Franz Preusschhof
Seefeld
Gartenstraße 13

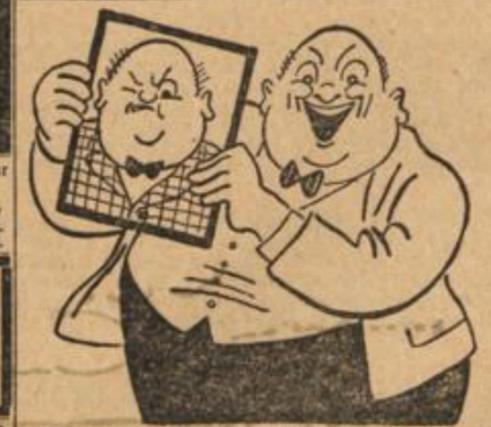
Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Berlin
Montag, den 10. Oktober, 15 Uhr (6 Uhr abends) im
großen Saal der Sophienkirche, Berlin, Sophienstraße 17
Funktionärsversammlung der Kammerebetriebe.

Komische Oper
8 1/2 Uhr, Altabend 8 1/2 Uhr
James Kleins
neuariges Revue - Stück
in 25 Bildern
Die Welt
applaudiert . . .
200 MITWIRKENDE!
U. a.: Hans Albers, Else Berna,
Johannes Müller, Erich
Poremski, Beate Ross-Reuter,
Vicky Werkmeister usw.
Theaterkasse ab 10 Uhr
ununterbrochen geöffnet!

Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte
Tagessammlung:
Stellungnahme zur Ablehnung mehrerer Lohnträge durch den
Wahlrat.
Zum Eintritt berechtigt sind Funktionäre, lt. § 13 des Orts-
statuts, gegen Vorgehung des Mitgliedsbuches und der General-
versammlungs-Delegiertenkarte oder der Funktionärkarte. —
Vollständige Erklärungen lt. Pflicht! Die Ortsverwaltung.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Die Paula vom Metropol.
Ausscheiden! Gutscheil 1-4 Pers.
Faireuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.



Rennen zu Hoppegarten
Sonabend, 8. Oktober
nachmittags 1 1/2 Uhr

„Ein Bild aus meiner Hühneraugenzeit —!
Heut kenn' ich „Lebewohl“ — daher die
Heiterkeit . . .“
*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten
empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und L. bewohl-
Ballenscheiben, Bleichdose (5 Pfaster) 25 Pf., Lebewohl-
Pflaster gegen empfindliche Füße und Fußschwiz, Schachtel
(2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen
Sie ausdrücklich das echte „Lebewohl in Bleichdosen
und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagm. 3 U.
Elite-Sänger
in großer Form in ihrem
Bombenprogramm!
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntagnachmittag
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab. 8. 10 27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
Anf. 7 Uhr
Boris Godunoff

Sonnab. 8. 10 27
Städtische Oper
Bismarckstr.
Anf. 7 1/2 Uhr
Jonny spielt auf

Städt. Schauspielh.
An Gendarmenmarkt
8 Uhr
Peer Gynt

Städtl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Im weißen Rößl

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Kabale u. Liebe
George Dandin.
Dazu:
Der gemütliche
Kommissär

8 U. SCALA
Nollendorf 7360
Die Oktober-
Varieté-Revue
Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstell.
3 1/2 u. 8 Uhr — 3 1/2 zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm.

Reichshallen-Theater
Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stöttiner Sänger
Zum Schluß: Eine Hochzeit
in der Müllerstraße
Nachmittags: Halbe
Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brettl's
Variété, Konzert, Tanz

Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
Heute Emma Gramatica:
Traum eines Frühlingmorgens.
Die Medaillen der alten Frau.

8 Uhr
Winter-Variete
Garten
Räucher
gestaltet
Stg. nachm. 3 1/2 U.: Ermäßigte Pr.

Theater des Westens
8 Uhr:
Gastspiel
Fritzi Massary

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Srika Glässner
in
Kopf oder Schrift
Preise 1, 2, 3 M. usw.
Sonnab. 4 Uhr Kl. Pr.
Hänsel und Gretel
Sonntag 4 Uhr:
So ein Mädel

Wald-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Am Rüdesheimer
Schloß steht eine Linde
Parkett statt 4 Mk.
tägl. auch Sonntags
nur 60 Pf.
Sonntag 4 Uhr:
Schneewittchen
Parkett von 30 Pf. an

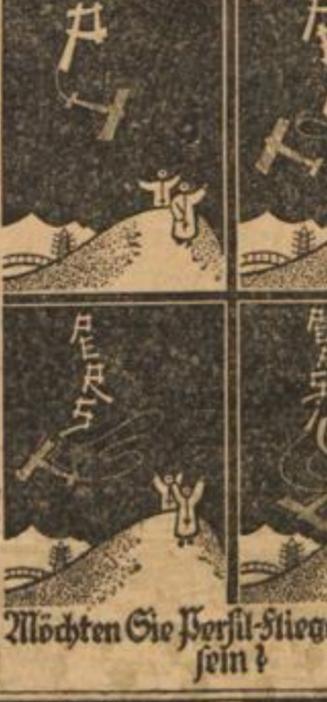
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
„Filmromantik“

CIRCUS BUSCH
Heute 4 Uhr nachm.
Einmalige
Ferien-Sondervorstellg.
zu halben Preisen.
Gr. Circusprogramm mit Kinderbe-
lustigungen u.
Geschenkwertung.
Amerikanisches Abenteuerstück
Das Mädchen aus Wild-West
8 Uhr täglich: **Manegeschau**
Vicki wettet um die Welt
Wiederauftritt Paula Bosch
Sonntag 4 Uhr halbe Preise!
Circusprogramm u. amerikanisch
Abenteuerstück
Das Mädchen aus Wild-West.

Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn
Th. im Admiralsplatz:
Täglich 8 1/2 Uhr
Die neue
HALLER-REVUE
„Wann und wo“
2 Sonntag
Vorstellung.
3 Uhr u. 8 1/2 Uhr
Nachm. die ganze Fe-
ststellung zu halb. Preis.

Rose-Theater
4 Uhr
Hänsel und Gretel
8 1/2 Uhr:
Die Maschinen-
bauer v. Berlin

Justiz
Lessing-Theater
8 Uhr
„König Heinrich IV“



Erstausführung
Th. Königsplatz St.
Hansens. 2110, 8 U.
Die Schwester
Komödienhaus
Norden 6304. 8 1/2 U.
Hokuspokus
Berliner Theater
Dönholf 170. 8 U.
Léonie
Residenz-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Leibkutscher des
Fridericus Rex

Die Schwestern
Komödienhaus
Norden 6304. 8 1/2 U.
Hokuspokus
Berliner Theater
Dönholf 170. 8 U.
Léonie
Residenz-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Leibkutscher des
Fridericus Rex

Möchten Sie Persil-Stieger in China sein?

Verflegelte Lippen

MONA MARTENSSON SVENSKA-FILM DER NATIONAL-FILM A.-G. MARMORHAUS BISMARCK 1560 VORVERKAUF 12-2 UHR URAUFFÜHRUNG WOCHENTAGS: 5¹⁵ 7¹⁵ 9¹⁵ SONNTAGS: 3¹⁵ 5¹⁵ 7¹⁵ 9¹⁵

Milliardengeschenke den Hausbesitzern.

Gegen die Hauszinssteuerpläne der Reichsregierung.

Wie groß die Bedeutung der Hauszinssteuer ist, wird leicht unterschätzt. Das Aufkommen an Hauszinssteuer betrug im Rechnungsjahr 1925/26 nach der Reichsfinanzstatistik 1,26 Milliarden Mark. Davon dienten 674,5 Millionen Mark zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs von Ländern und Gemeinden und 586 Millionen zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit. Im Rechnungsjahr 1926/27 betrug das Aufkommen etwa 1,44 Milliarden, von denen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs 751,85 Millionen und zur Förderung der Bautätigkeit 685,55 Millionen verwandt wurden. Im laufenden Jahre 1927/28 ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, und nach den jetzt geltenden Bestimmungen würde im Jahre 1928/29 das Aufkommen weiter ansteigen. Diese wenigen Zahlen zeigen, daß die Hauszinssteuer

eine der wichtigsten Steuerquellen Deutschlands ist.

Sie zeigen weiter, daß der Wohnungsbau in stärkstem Umfange von der Höhe der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel abhängig ist. Nur die Steigerung der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel von 1925 zu 1928 um fast 100 Millionen Mark ermöglichte die Vermehrung der Wohnungsproduktion; während 1925 rund 190 000 Wohnungen neu geschaffen wurden, waren es 1926 rund 220 000. Die Hauszinssteuer ist also sowohl als Steuerquelle für Länder und Gemeinden als ein einziges wirksames Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot unentbehrlich.

Ist sie auch eine gerechte Steuer?

Der Hausbesitz ist die einzige große Wirtschaftsgruppe, deren Inflationsgewinn steuerlich mit Nachdruck erfasst wird. Es ist ungerade, daß die anderen Inflationsgewinner nicht ebenfalls stärker herangezogen werden. Damit ist aber noch nicht gesagt, wie bedeutende Artfischer geübt werden, daß die Hauszinssteuer ungerade ist. Sie ist der einzige Erfolg eines richtigen Gedankenganges, der zur allgemeinen Besteuerung des Inflationsgewinnes logisch hätte führen müssen, aber nur teilweise in der Praxis durchgeführt werden konnte. Die Hauszinssteuer ist eine gerechte Inflationsgewinnsteuer, darum muß an ihr festgehalten werden.

Sie stellt auch keine übermäßig hohe Steuer dar; vielmehr sind die besteuerten Hausbesitzer durchaus in der Lage, die Hauszinssteuerlast aufzubringen. Seit dem Beginn der Hauszinssteuergesetzgebung im Jahre 1924 wurde die Miete vielfach erhöht mit dem ausdrücklichen Zweck, erhöhte Mittel aus der Hauszinssteuer für Länder- und Gemeindefinanzen und für den Wohnungsbau zu erhalten. Dabei wurde fast bei jedem Gesetzgebungsakt ein Teil der eintretenden Mieterhöhung auf dem einen oder anderen mehr oder weniger trummen Wege den Hausbesitzern zugeschanzt.

Günstige Lage der Hausbesitzer.

So ist es gekommen, daß heute die Lage des Hausbesitzes im großen Durchschnitt durchaus günstig ist. Dafür gibt es untrügleiche Anzeichen. Zunächst sind die Häuserpreise kräftig gestiegen. Dann aber zeigt gerade die erhaltene Propaganda gegen die Beibehaltung der Hauszinssteuer, die Tatsache, daß eine ganze Partei, die sogenannte Wirtschaftspartei, nur für den Kampf gegen die Hauszinssteuer geschaffen wurde, weiter die allgemein verbreitete Erscheinung, daß der Hausbesitz in der Lage war, trotz Hypothekenaufwertung und Hauszinssteuerlast in großem Umfange noch eine neue Verschuldung aufzunehmen und aus den Mieterträgen zu verzinsen, aufs deutliche, daß dem Hausbesitz schon wieder große Mittel aus den Mieterträgen zur Verfügung stehen. Man darf auch daraus schließen, daß unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Besteuerten die Hauszinssteuer gerecht ist. Man muß weiter feststellen, daß es ein großer Betrag an den Mietern, d. h. an der Masse des deutschen Volkes, wäre, die Hauszinssteuer zu ermäßigen; denn die Mieterhöhung der letzten Jahre diente ja nach dem Willen der gesetzgebenden Körperschaften der Steigerung des Hauszinssteueraufkommens und nicht der Vermehrung des Einkommens der Hausbesitzer. Und erst man nachträglich die Verteilung der Miete zugunsten des Hausbesitzes, so macht man sich eines Betrugsmandats schuldig, wenn man nicht gleichzeitig mindestens die diesjährige Mieterhöhung rückgängig macht.

Steuerpolitik als Wahlgeschäft.

All diese Überlegungen spielen bei den Entscheidungen der Reichsregierung in der Hauszinssteuer keine Rolle; denn für sie kommt es nur darauf an, die Stimmen der Wirtschaftspartei für die Koalition zu sichern. Darum soll nach dem Willen der Reichsregierung die Hauszinssteuer gekürzt werden. Während das tatsächliche Aufkommen der Hauszinssteuer bei erheblicher verbesserter Lage des Hausbesitzes im Vergleich zu allen Vorjahren nach der eigenen Annahme der Reichsregierung und den jetzigen Sätzen der Hauszinssteuer, die in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden bemessen sind, sich auf 1700 Millionen jährlich beläuft, will die Reichsregierung das Steueraufkommen auf 1300 Millionen Mark senken. Tatsächlich aber fehlt ihren Vorschlägen jede zureichende Begründung dafür, daß es ihr wirklich möglich sein wird, mit den vorgeschlagenen Steuerfahnen auch nur diesen Ertrag zu erzielen. Vergleicht man diese Sätze mit den zurzeit in Preußen gültigen, so ergibt sich das folgende Bild:

In Prozent der Friedensmiete sind zu zahlen

(nach Angaben des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine):

in Prozenten	nach dem Entwurf der Reichsregierung
Bei 0 Proz. Vorkriegshyp.-Belastung	15 v. H.
10	20
20	25
30	26 2/3
40	30
50	33 1/3
60	36 2/3
70	40
80	43 1/3
90	46 2/3
100	50

Mit Ausnahme der obersten und der untersten Staffel, die praktisch bedeutungslos sind, ist also in allen Fällen die neue Staffelung der Sätze niedriger als die geltende preussische. Eine Erhöhung der vorgeschlagenen Sätze um 10 Proz. würde noch nicht ausreichen, um die neuen Sätze den alten anzupassen. Erst eine Erhöhung um 15 bis 20 Proz. würde wieder etwa den gleichen Ertrag an Steueraufkommen bringen wie die gegenwärtigen Sätze. Der Vorschlag der Reichsregierung will das Gesamtaufkommen um 15 Proz. vermindern.

Die Regierungsvorlage sieht nun freilich vor, daß das neue Aufkommen von 1300 Millionen Mark so verteilt werden soll, daß die heute dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel unverkürzt bleiben. Eine gesetzliche Garantie dafür wird aber nicht

geschaffen. Vielmehr wird ausdrücklich eine Aufforderung an die Länder gerichtet, an Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zu sparen, damit sie so erhöhte Mittel für ihren allgemeinen Finanzbedarf zur Verfügung haben. Das wird natürlich geschehen, denn die Finanznot der Länder ist groß; es wird geschehen auf Kosten der Zahl und des Mietpreises der neu zu errichtenden Wohnungen.

Im diesem letzten Punkt ist aber der Hausbesitz besonders interessiert. 1928 und 1927 war es stellenweise bereits möglich, die Miete in Neubauwohnungen nahe an das Mietniveau der Altwohnungen, von 120 Proz. Friedensmiete heranzubringen. Werden die Hauszinssteuermittel verkleinert, so ist die Folge, daß die neuen Wohnungen teurer werden und weiter, daß das gesamte Mietniveau höher liegt, als es notwendig wäre. Denn kann auch der alte Hausbesitz mit neuen Mieterhöhungen rechnen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sieht der neue Entwurf vor, daß solche Mieterhöhungen nicht mehr von Erhöhungen auch der Hauszinssteuer begleitet sein sollen.

Der Entwurf enthält also noch ein großes Zukunftsgeschenk an den Hausbesitz.

Die jetzige Regierungskoalition plant zum 1. April 1929 eine neue Mieterhöhung. Beträgt sie auch nur 10 Proz. der Friedensmiete, so bedeutet das abermals eine Mehreinnahme von rund 500 Millionen Mark jährlich für den Hausbesitz.

Schließlich soll ein Teil der Steuer, der etwa ein Fünftel des Aufkommens bringen würde, in den Jahren 1931 und 1934 je zur Hälfte abgebaut werden. Trägt man die Wirkungen dieser und der geplanten Gesetzgebung für den Hausbesitz zusammen, ganz abgesehen von dem versprochenen weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, so sieht sein Gewinn an Jahreseinnahmen etwa so aus:

am 1. April 1928	800 Mill. M. durch Steuerabbau
1. April 1929	600 " " Mieterhöhung
1. April 1931	150 " " Steuerabbau
1. April 1934	150 " " Steuerabbau

Zusammen 1000 Mill. oder 1 Milliarde Mark

Das entspricht einem Kapitalwert von 12 1/2 Milliarden, also der Reparationsschuld von 5 Jahren.

Das deutsche Volk soll nach dem Willen der Reichsregierung in den nächsten Jahren fast soviel an den Hausbesitz schenken, wie es an Reparationen aufzubringen hat. Dieses Geschenk muß die Weltung haben, die Mieten zu steigern und die Wohnungsnot durch ein ungeheures Wohnungselend zu erzeugen. Der Entwurf der Reichsregierung heidet diese unvermeidliche Wirkung der neuen Hauszinssteuergesetzgebung in die launigen und unendlich höhnlichen Worte: „Die Wohnstätten unterliegen gewissen Veränderungen und passen sich neuen Verhältnissen an.“

Unumgängliche Forderungen.

Was müssen demgegenüber unsere Forderungen sein? Jeder Abbau der Steuer ist zu unterlassen, und ohne Mieterhöhung sind die Steuerfahnen mit 20 Proz. höher anzusetzen, als die Reichsregierung vorschlägt. Von jeder künftigen Mieterhöhung muß der größere Teil der öffentlichen Hand ausschließlich für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Ein geringfügiger Abbau der Steuer darf erst im Jahre 1932 erfolgen, in dem dem Hausbesitz durch die Kündigung der Aufwertungshypothek tatsächlich erhöhte Lasten entstehen müssen. Angesichts des Finanzbedarfs von rund 1,2 Millionen Wohnungen muß der Finanzanteil der öffentlichen Hand auf 700 Millionen Mark beschränkt und der ganze Ertrag, den die Steuer darüber hinaus bringt, dem Wohnungsbau zugewandt werden. Erst wenn die Zins- und Amortisationsbeträge aus den zur Förderung des Wohnungsbaues gemachten Hauszinssteuerverbottungen die Hälfte des jährlich für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Steueranteils übersteigen, darf mit dem langsamen Abbau der Steuer begonnen werden, der sich seinerseits über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren erstrecken muß. Auf diese Weise kann allein das Problem der Wohnungsnot gelöst werden. Nicht nur für Jahre, sondern für Jahrzehnte, wie es notwendig ist. Das deutsche Volk, das Krieg und Inflation ertragen hat, muß geschützt werden, vor neuem in das Wohnungselend der Vorkriegszeit und die Zwangswirtschaft der Hausbesitzer zu versinken.

Roggen Schulden.

Und wieder die Großen gegen die Kleinen.

Zu dem von uns schon wiederholt behandelten Problem der Roggenverschuldung gibt das Institut für Konjunkturforschung in seiner Veröffentlichung über die Agrarkredite einige wichtige und interessante Angaben. Die gesamten noch laufenden Roggenschulden betragen demnach 1924/864 Zentner Roggen. Davon entfallen 12 1/2 Millionen Zentner auf Betriebe von mehr als 100 Hektar Fläche. Auf klein- und mittelbäuerliche Betriebe fallen nur 1,6 Millionen oder etwa 8 Prozent der gesamten Roggenanleihen. Die geforderte schenkungsweise Hergabe von Reichsmitteln, die von der Öffentlichkeit bereits abgelehnt wurde, würde also in der Hauptsache eine neue Subvention für die Großagrarier darstellen.

Dabei ist es nicht richtig, daß diese Herren durch ihre Roggenschulden allgemein schwere Verluste erlitten haben. Mehr als 24 Prozent der den Großbetrieben gegebenen und noch laufenden Roggenanleihen wurden bereits im Jahre 1923, also zu einer Zeit, in der der Schuldner fast immer mehr als den Nennwert, manchmal sogar 200 Prozent des Nennwerts ausbezahlt bekam, aufgenommen. Berücksichtigt man ferner die große Kaufkraft, die Roggenanleihen während der Inflation für sämtliche Produktionsmittel besaßen, so kann man wohl sagen, daß ein großer Teil der großagrarischen Roggenanleihen an ihren Roggenanleihen beträchtliche Gewinne gemacht hat. Ein Moment von wahrlich großer Bedeutung.

Ganz anders liegen die Dinge dagegen beim Kleinbetrieb. Zwar ist die Gesamtbelastung der kleineren Betriebe gering. Die Großgrundbesitzer haben jedoch dafür gesorgt, daß zu den Zeiten, wo die Aufnahme von Roggenanleihen große Kursgewinne brachte, vor allem sie selber Roggenkredite bekamen. Die Bauern mußten bis 1924 warten, bis sie für einen Zentner Roggenanleihe nicht mehr als 16 Mark, wie ein großer Teil der Großagrarier am November 1923, sondern nur noch 2 bis 4 Mark ausbezahlt bekommen. Die Herren Kollegen vom Großbetrieb hatten erst den Rohm von der Milch abzupressen müssen, damit der kleine Bauer sich nicht den Roggen daran verdirbt.

Damit und mit der Leuerung des Jahres 1924 hängt es wohl auch zusammen, daß die kleineren Schuldnerbetriebe, wie dies aus

der Arbeit des Konjunkturinstituts zu ersehen ist, ihren Besitz in viel höherem Ausmaß verschulden mußten als die großen Landwirte, um bei dem niedrigen Kurs und den hier bereits gegebenen enormen Abzügen der Roggenanleihe überhaupt etwas Geld in die Hand zu bekommen.

Großagrarier und großagrarische Banken haben sich auf dem Rücken der kleinen Bauern zu dessen Ausbeutung zusammengefunden. Ob sie sich ebenso zusammensuchen werden, um das schwere Unrecht wieder gutzumachen? Sicher nicht!

Die deutsche Ernte wird gut.

Trotz des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund hat ein mächtiges Geschrei darüber begonnen, daß ein großer Teil der deutschen Ernte durch die Wetterchäden vernichtet worden sei. Zu durchsichtigen Zwecken, wie wir sofort festgestellt haben. Es ging ihm um neue Kredite und neue Subventionen, keineswegs aber um wirkliche und nachdrückliche Hilfe für alle diejenigen Einzelbetriebe und Einzelsfälle, in denen ernsthaft unerschuldete Schäden vorliegen.

Eine Schätzung des Statistischen Reichsamts, die mit Absicht sehr spät vorgenommen worden ist, um alle Wetterchäden berücksichtigen zu können, bestätigt jetzt, daß der Reichslandbund maßlos übertrieben hat. Die Durchschnittserträge liegen trotz der zweifellos beachtlichen Verminderung durch die Wetterchäden bei fast allen Getreidearten über den Erträgen des vorigen Jahres. War die Ernte des vorigen Jahres auch nicht gut, und ist in diesem Jahre die Qualität auch ungünstig, so ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts eine um 15,1 Proz. bessere Ernte als im vorigen Jahre zu erwarten. Die Roggenenernte wird um 13,5, die Weizenenernte um 19,0, die Gerstenernte um 8,5 Proz. höhere Erträge bringen. Nur bei Hafer bleiben die Durchschnittserträge pro Hektar hinter dem Vorjahre zurück.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Zur Mitteilung des „Vorwärts“ vom 27. September unter dieser Überschrift, schickt uns die Deutsche Wert A.-G., Hamburg, eine Berichtigung. Sie ist leider keine; aber wir teilen sie mit, ... daß die Deutsche Wert im Falle der Auflösung der Unterstützungsstelle für Angestellte und Arbeiter den von ihrer Rechtsvorgängerin gestifteten Betrag von 5000 M. für sich beansprucht, ist un wahr. Nach § 10 der Satzung der Unterstützungsstelle steht den Stiftern im Falle der Auflösung der Kasse auf Wunsch das Recht zu, den von ihnen gezahlten Gründungsfonds zurückzuverlangen. Ob die Stifter von diesem Recht Gebrauch machen, ist bisher noch nicht erörtert worden. Die Forderung des Angestelltenrats, das Vermögen der Unterstützungsstelle gefälligst Angestellten zuzuführen, ist sühnungsgemäß unzulässig... — Soweit die Berichtigung.

Dazu sagt uns unser Gewährsmann: die neue Direktion hat auf Anfrage mitgeteilt, die Unterstützungsstelle der Arbeiter — Deutsche Wert A.-G. würde aufgelöst. Weiter, daß der Fonds von 5000 Mark der Wert zufalle. Die Anregung der Angestellten, das Geld den gefälligsten Angestellten zuzuwenden, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Angestellten darauf keinen Anspruch hätten. Der frühere Chef der Firma, Herr Freitag, habe der neuen Leitung nahegelegt, entweder die Kasse bestehen zu lassen, oder die Wünsche der Angestellten in Erwägung zu ziehen. Die neue Direktion könne das, wenn sie es nur wolle. Aber gerade an diesem Willen hapere es.

Die „Berichtigung“ ist also bestenfalls ein Streit um Worte. Was die Direktion doch einfach erklären, ob sie den natürlichen und von den Stiftern gerechtfertigten Wünschen (nicht „Forderungen“) der Angestellten entsprechen will. So verteidigt sie nur ein nicht bestrittenes objektives Recht. Den Mangel des guten Willens, worauf es allein ankommt, kann sie bis jetzt nicht bestritten. Um den aber geht es hier, wo die Kräfte der sozialen Gerechtigkeit aufgeworfen wurde.

Deutschlands Kunstseide-Import um das Vierfache höher als 1926. Der ständig wachsende Weltverbrauch an Kunstseide zeigt, daß diese noch sehr junge Industrie sich auf dem Weltmarkt neben der Baumwoll- und Wollindustrie durchgesetzt hat. In Deutschland hat der Bedarf an Kunstseide im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Wirtschaft und dem gehobenen Lebensstandard der Bevölkerung einen ganz enormen Umfang angenommen. Obwohl die auf erheblich erweiterter Produktionsbasis arbeitende deutsche Kunstseideindustrie seit Anfang des Jahres bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt war, konnte sie auch nicht annähernd die Nachfrage des Inlandes befriedigen. So mußte der Warenhunger durch gesteigerte Einfuhr befriedigt werden, die vom Januar bis August 1927 mit rund 65 100 Doppelzentnern im Werte von fast 87 Millionen Mark die Einfuhr in der entsprechenden Zeit des Vorjahres um das Vierfache übertrifft. Der Löwenanteil an der Kunstseideinfuhr entfällt auf Italien mit rund 28 100 Doppelzentnern, dem Holland mit 12 250 Doppelzentnern folgt. Während Italien keine Einfuhr gegenüber 1926 um das Vierfache erhöhte, konnte Holland in den ersten acht Monaten 1927 keine Einfuhrziffern nach Deutschland sogar um das Achtfache steigern. Es liegt hier der typische Fall vor, wie eine Hochkonjunktur die Wareneinfuhr hebt, weil die inländische Fabrikation die Nachfrage nicht befriedigen kann. — Demgegenüber weist die Ausfuhr deutscher Kunstseide mit 25 300 Doppelzentnern nur eine un wesentliche Steigerung gegen 1926 auf. Auffallend ist der fast 40prozentige Exportrückgang nach den bisherigen Hauptausfuhrländern, den Vereinigten Staaten, der Schweiz und der Tschechi, der nur durch die Eröffnung neuer Absatzgebiete ausgeglichen werden konnte. — Nach amerikanischen Schätzungen wird die Weltkunstseideproduktion in diesem Jahre etwa 250 gegen 200 Millionen englische Pfund (450-Gramm) betragen, sich also in einem Jahre um 25 Proz. erhöht haben. Hinter Amerika mit 75 Millionen Pfund Produktion steht Deutschland mit 36 Millionen Pfund an zweiter Stelle, dichtauf gefolgt von Italien mit 33 Millionen Pfund Jahresproduktion.

Sammelanleihe für die mittlere Industrie abgeschlossen. Zu den durch den Zwischenfall mit der Preußenanleihe zunächst gefährdeten Auslandsanleihen gehörte auch jene zehn Millionen-Dollaranleihe der Bundesbankzentrale, deren Erlös für die Kreditgewährung an die kleine und mittlere Industrie bestimmt ist. Wie jetzt gemeldet wird, ist die Anleihe unter Zustimmung der Beratungskommission zum Abschluß gekommen. Sie kostet 6 Proz., läuft 24 Jahre und kann nach fünf Jahren gekündigt werden. Die Anleihe ist eine Sammelanleihe, die in Westfalen, Nieder- und Oberhessen, Sachsen, Ostpreußen, Hessen, Thüringen, Pommern und baltische öffentliche Banken gegen hypothekarische Sicherungen weitergegeben werden soll. Offenbar hat die Tatsache, daß die Anleihe für industrielle Zwecke bestimmt ist, ihre Genehmigung vor der Festlegung neuer Richtlinien bei der Beratungskommission erleichtert.

Zu den neuen großen Aufengeschäften, über die wir berichtet haben, wird mitgeteilt, daß ein Antrag auf die Gewährung der Reichsgarantie für einen 120-Millionen-Kredit bei der Reichsregierung noch nicht eingegangen sei. Es könne deshalb dazu noch keine Stellung genommen werden.

Großstadt-Menschentum.

Berlin als Weltanschauung.

In diesen Tagen haben in Berlin unter Führung des Genossen Professor Paul Destréac erfahrene Jugendzähler, Sozialpolitiker und Hygieniker das Wesen der Großstadt, ihre Wirkung auf die Menschen und ihre kulturelle Aufgabe im Werden des Menschentums sehr gründlich und teilweise sehr klug und weise besprochen. Sechzehn Hauptvorträge gliederten sich um drei Hauptthemen: Großstadt, Laitsache und Problem; — Großstadt als Förderung; — Erziehung des Stadtmenschen. Eine Tageszeitung hat leider nicht den Raum, auf die Vorträge einzugehen. Wir greifen daher aus der Fülle heraus, was zum zweiten Thema: Großstadt als Förderung von Genossen Viktor Koad über das besondere Wesen Berlins und seine soziale Wirkung gesagt worden ist:

Berlin wurde lebendig mit seinen tausend bunten Lichtern, die Straßen und Plätze mit märchenhaftem Glanz schmückten, — mit seinem rasenden Verkehr, den geheimnisvollen Nacht vor der Katastrophe des Chaos bewahrt, — mit dem rauen Spinnweb der Antennen, die sich wie ein feines Netzwerk über Dächer breiten, und mit den tausenden Rabeln und Rohrleitungen, die unter jeder Haut der Dämme und Granitplatten wie das Adergesicht des riesenhaften Organismus das pulsierende Leben leiten, — mit gewaltigen Verwaltungsgebäuden, Kasernen der Armes von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die diesen Organismus mit ihrer Arbeitskraft erhalten. Wir vernahmen Dröhnen der Weltstadtmaschine, die in stilleren, dunkleren Seitenstrahlen zu leisen, wie unterirdischem vulkanischen Grollen abklingt und in gewaltigem Crescendo zu rollendem Donnern, Krachen und Lösen anschwillt, wenn die Straße sich den Hauptadern der Stadt nähert, weiten Staubbeden, wo das Leben tosend brandet, wo Cafés, Restaurants, Kinos und dergleichen mehr Lichtfülle durch breite Fenster und Portale verströmen lassen. Wir hörten von den 163 Millionen Fahrgästen der Berliner Hochbahn, den 813 Millionen der Berliner Straßenbahn im Jahre 1926, — von den annähernd 19 Millionen der Berliner Hochbahn allein im Monat Mai 1927 und mehr als 70 Millionen Fahrgästen der Berliner Straßenbahn allein im Monat August 1927, — von den 19 758 Fahrzeugen, die im Verlauf von acht Stunden — je Minute 38 — eine einzige Straßentrennung passieren. Bei solchen Zahlen wurde einem die tiefe Verbundenheit, Schlaflosigkeit aller Existenzen durch gemeinsame Abhängigkeit vom Ganzen klar. Wir alle stehen im praktischen Leben gleich wie Arbeiter im Industriegroßwerk am gleitenden Arbeitsbände, wobei jeder für seinen Teil und auf seinem Posten mitarbeiten muß am Ganzen.

Diese Verbundenheit aller Einzelwesen gestalte die Redner als das besondere Wesen der Großstadt. Er bezeichnet es mit dem Begriffswort Totalität. Er erläuterte diesen Begriff als ein Einordnen des einzelnen in Gemeinschaft, als Erlaß der Verantwortlichkeit in ihrer Gesamtheit von der Gemeinschaft und ihre Einplanung in soziale Totalität, — als Erheben der Gemeinschaft zum Zweck und Ziel persönlichen Daseins überhaupt, als freiwilliges Dienen dem Ganzen mit allen Kräften und Begabungen. Er deutet an, daß auch die individuelle Familienform schließlich sich zu einer größeren, feiner organisierten sozialen Gemeinschaft entwickeln werde, die so besetzt wäre von Zusammengehörigkeitsgefühl, daß jedes Glück wie jedes Unglück, jede Lust wie jedes Leid, jede Freude wie jede Trauer des einzelnen zum anderen mitempfinden, mitgetragen und begriffen würde als Mitlieben des Ganzen. Eine Gemeinschaft, wobei jeder geleitet ist von freiwilliger Beschränkung persönlicher Wünsche auf den engen Spielraum, den Mitmenschentum frei läßt; eine Gemeinschaft, in der jeder Mensch freiwillig für sich wie für den Nächsten gleiches Recht als Gesetz gelten läßt.

Das sei heute noch utopisch; aber die Utopie sei Leitstern, male das Ideal, woran wir glauben müssen, wenn wir nicht wie Spielgefallen als Lebensaufgabe ansehen wollen: daß die Futurtruppe immer gut geführt sei. Die Großstadt sei klügste Lehrmeisterin, Erzieherin, mächtigster Agitator für diese Auffassung, und darin liege auch wichtigste Kulturaufgabe, sozialethische Mission, die sich bei einer Stadt wie Berlin auf die gesamte zivilisierte Welt erstreckt.

In gewissen Berlinerscheitungen erblickt der Redner Beweis dafür, daß die alte Gesellschaftsordnung erschüttert ist: so im Anschwollen der Ehescheidungsstatistik. Auf 100 000 Deutsche kamen 1913: 27,9, 1923: 55, 1924: 57,8, 1925: 58,8 Ehescheidungen, und in Berlin sogar 188,3, im Hamburg 168,5. 1913 zählte die Statistik in Preußen 18 800 Eheprozesse, 1924: 33 200, 1925: 33 700, 1926: 36 500; 1926 also trotz der Bevölkerungsverminderung doppelt so viele wie 1913. Selbstmorde wurden in Preußen (ohne Saargebiet) gezählt: 1923: 7563, 1924 8590, und 1925 haben 52 Proz., 1926 sogar 63 Proz. mehr Männer als Frauen das Leben weggegeben.

Wie immer soziologische Entwicklung sich unter wirtschaftlichem Zwang vollzieht, so drängt auch gegenwärtig Wirtschaftsnöte, nicht zuletzt Wohnungsnot Menschen zur Überwindung des individuellen Egoismus, zu feilscher und verstandesmäßiger sozialistischer Einstellung auf Totalität, auf das allen gemeinschaftliche große Ganze. Redner zeigte an Beispielen, wie viele Wirtschaftsfaktoren von der hinterstehenden Gewalt dieser Zusammenhänge erfaßt sind, — wie Totalitätseinstellung einfach unsere Zeit

beherrscht. Aus der Fülle ein Beispiel herausgreifend, bewies er an dem Projekt von Professor Edmund Rörst „Stadt des neuen Lebens“, wie Städtebauer heute von der Notwendigkeit stärkster Betonung des Totalitätsgedankens bewegt sind. Dasselbe Projekt lehrt aber auch, daß die sich anbahnende, tief furchende Reform unseres Gesellschaftslebens bei der Bodenreform beginnen muß, deren allerdings noch in den Wolken hängendes Endziel ist: Wiederherstellung öffentlichen Eigentums am Grund und Boden, wie es schon bei den Germanen der Urzeit, wie es in Rußland schon vor der Revolution in der Mirverfassung bestanden hat, wonach das Bauernland nicht dem einzelnen Bauern, sondern der Dorfgemeinde gehörte und den Bauern nur ein Nutzungsrecht am Lande zugestanden war. Bodenreformarisches Bodenrecht, das dem Gemeinwesen Obereigentum am Grund und Boden sichert — wie etwa unser heutiges Erbbaurecht und Reichsheimstättenrecht — dient dem Gedanken der Totalität, dem großen, edlen Gemeinschaftsgedanken. So findet man auch in Kleinhausstädungen, die auf bodenreformarischem Bodenrecht aufgebaut sind, einen Genossenschaftsgeist, der dem Totalitätswesen nahe kommt.

In großen Zügen wurden hier Grundlinien einer Weltanschauung aufgerissen, die man als spezifisch weltstädtische — sogenannt berlinische — bezeichnen darf, die aber in ihrem Wesen nichts anderes ist als das Ideal eines vollkommenen Sozialismus.

Die Washingtoner Radiokonferenz.

Ein „Radio-Verano“.

Washington, 6. Oktober.

In der gestrigen Plenarsitzung der Radiokonferenz wurde die von der amerikanischen Delegation entworfene Geschäftsordnung mit einigen Abänderungen angenommen. Bei der Verteilung der Vorarbeiten für die eigentliche Arbeit leitenden Ausschüsse wurde Deutschland einstimmig der Vorsitz im dritten Ausschuss übertragen, der die Vorschriften ausarbeiten soll für den Dienst zwischen benachbarten Funkstationen (Seeschiffahrt, Luftschiffahrt und Eisenbahn) sowie zwischen diesen und den festen Stationen. Außerdem bearbeitet diese Kommission die Bestimmungen über den sogenannten Sonderdienst, und zwar Radiopost, Funkferndienst, Zeit-, Wetter- und Eisbedienste, Sicherheitsdienst auf See, Wolkenerkennung für den mobilen Dienst, die Einteilung der Dienststunden und die Befehle mobiler Stationen; schließlich Fragen der Rotapparate und Warmsignale. Es handelt sich also um einen der wichtigsten Ausschüsse. Die Vereinigten Staaten erhalten den Vorsitz in der Kommission zur Festlegung des Konventionstextes, England den Vorsitz der Kommission zur Zusammenarbeit der allgemeinen Dienstvorschriften, Frankreich den Vorsitz der technischen Kommission und Italien den Vorsitz der Kommission für Tarife und Wortzählungen; dieser Ausschuss bearbeitet insbesondere die strittige Frage der Buchstabenwahl bei Code-Verboten.

Die Stimmung auf der Konferenz ist durchaus freundschaftlich. Es besteht das öffentliche Bestreben nach fairer Zusammenarbeit mit dem Ziel — wie ein Mitglied einer Delegation eines benachbarten Landes gesprächsweise erklärte —, diese Konferenz zu einem Radio-Verano zu machen.

Arbeitersport.

Dauerrennen der Freien Wasserfahrer.

Am Sonntag, 9. Oktober, 9 Uhr, findet das diesjährige Dauerrennen wie alljährlich auf der Obersee statt. Start und Ziel befinden sich vor dem Bootshaus des Rudervereins „Vorwärts“, Berlin-Oberschönweide, Wilhelmstrand. Die Strecke, zirka 18 Kilometer lang, führt vom Bootshaus Vorwärts bis zur Rohrwallinsel (Röpenick) und wieder zurück zum „Vorwärts“. Die gemeldeten Mannschaften der Kanufahrer starten vom Bootshaus der Freien Kanufahrer, Berlin (Röpenick, Marienstraße). Das Ziel befindet sich gleichfalls vor dem Bootshaus „Vorwärts“. Diese Strecke beträgt zirka 18 Kilometer. Ausgesprochen werden 8 Rennen (acht Kanuennen und sieben Ruderverrennen), wozu von 8 Vereinen insgesamt 65 Mannschaften ihre Meldungen abgegeben haben. Da die gemeldeten Vereine durchweg über gute Mannschaften verfügen, so ist mit äußerst scharfen Kämpfen zu rechnen. — Wünschenswert findet ein interner Wasserabend im „Paradiesgarten“, Bischofsweg 4-5, statt. Dasselbst Befanntgabe der Resultate. Beginn 18 Uhr.

Funkwinkel.

In der Vortragsreihe „Mütter berühmter Männer“ entwarf Margarete Caemmerer ein anschauliches Bild Henriette Feuerbachs, der vorländerischen Mutter des Rainers Josef Feuerbach. Feuerbach verdankte seiner Mutter Verständnis und Förderung in seiner Kunst, ja, vielleicht überhaupt die Möglichkeit, seinen Weg als Künstler zu nehmen. Er lobte ihr dafür mit wührender Sohnesliebe. — Prof. Dr. W. Viepmann begann eine Vortragsfolge „Weltanschauung und Gesundheit“ mit einem Vortrag über „Das Problem von Körper und Seele“. Der Vortragende legte den Zusammenhang dar zwischen körperlicher und geistiger Beschaffenheit des Menschen und zeigte, welchen starken Einfluß die geistige Stimmung auf die körperliche Verfassung ausübt. Das geht soweit, daß die Einbildung wirkliche Krankheitserscheinungen hervorrufen und geringfügige Leiden bedeutend verschlimmern kann. Umgekehrt lassen sich aber auch schwere Krankheiten durch günstige seelische Beeinflussung des Patienten wesentlich bessern. Jedenfalls ist heute keine gründliche Heilfunde mehr denkbar, die Körper und Seele als völlig getrennte Gebiete behandelt. — Der Abend brachte einen Einblick in die norwegische Musik der Gegenwart. Das Berliner Funkorchester unter Generalmusikdirektor Josef Eibenschütz spielte wie immer ausgezeichnet.

Handballspiele am 9. Oktober.

In der 1. Gruppe finden die meisten Spiele in Brandenburg statt. Die 1. und 2. Abt. spielen gegen Adlerhof und Sparta. Fichte 2. Abt. spielt gegen Fichte-Spielplatz um 16 Uhr auf dem Fichtespielplatz, Baumhulsenweg. In der 2. Gruppe der Kampfes in Wittenberg 8. Abt. um 14 Uhr in Kampfes, Fichtespielplatz, einen leichten Gegner. Fichte 8 muß nach Gelter fahren. Kaulsdorf gegen Kaulsdorf um 16 Uhr in Kaulsdorf, Röpenicker Straße, und Kaulsdorf gegen Kaulsdorf um 19 Uhr in Wiesdorf, Dörfelstraße. Das wichtigste Spiel der 3. Gruppe ist Fichte 3 I gegen Lindenwald um 16 Uhr in Baumhulsenweg. Fichte hat die meisten Zuschauer. In Freiburg, Offenbacher Straße, spielen Wittenberg 2. Abt. gegen Neufuß 1. Abt. um 16 Uhr und Schmorndorf gegen Wittenberg-Spielplatz um 14 Uhr. Die 4. Gruppe hat folgende Spiele: Kaulsdorf gegen Berlin 13 um 14 Uhr in Kaulsdorf. Fichte 200. Abt. gegen Fichte 19. Abt. um 8 Uhr und Fichte 20A. Abt. gegen Fichte 18. Abt. um 10 1/2 Uhr in Wittenberg. an der Rennbahn. In der 5. Gruppe ist das wichtigste Spiel Spandau gegen Tegel um 16 Uhr in Spandau, Haller, bogener Chaussee. Fichte-Nord fährt nach Rathenow, wo es ihnen leicht wird, die Punkte mit nach Hause zu nehmen. Schorow spielt gegen Fichte 8. Abt. um 16 1/2 Uhr in Reinickendorf, Schäfersee. In der 6. Gruppe haben 18 Berlin um 16 1/2 Uhr in Berlin, Hermannsdorfer Straße, gegenüber. Der Ostverein wird wohl hier das Nachsehen haben. Es spielen Fichte 22. Abt. gegen Fichte 4. Abt. um 15 Uhr in Berlin, Baumhulsenweg, Sommerstraße, und Schmorndorf-Sportler gegen Mittelnau um 11 1/2 Uhr in Schmorndorf, Pommesplatz. An Frauen spielen Wittenberg 1. Abt. um 14 Uhr in Wittenberg, Fichte 2. Abt. I gegen Fichte 1. Abt. I um 14 Uhr und Fichte-Spielplatz gegen Schmorndorf um 14 Uhr in Baumhulsenweg. In der Fichte-Spielplatz, gegen Schmorndorf um 15 Uhr in Spandau, Haller, bogener Chaussee; Kaulsdorf gegen Fichte 16 um 14 Uhr in Wittenberg, verlängerte Fichtestraße; Wittenberg 2. Abt. fährt nach Brandenburg. In der 3. Gruppe behalten die Wuppertaler die Punkte. Es spielen Fichte 2A. Abt. gegen Wuppertal um 15 1/2 Uhr in Reinickendorf, Schäfersee; Fichte-Nord gegen Tegel um 15 Uhr in Reinickendorf, Schäfersee; Fichte-Süd gegen Fichte-Nord um 14 Uhr in Wittenberg, Baumhulsenweg, Sommerstraße. Fichte-Süd hat am Sonntag in Wittenberg, an der Rennbahn, Pankow (Schäfersee) zu Gaste. Die 2. Mannschaften spielen um 15 1/2 Uhr und die 1. Mannschaften um 16 1/2 Uhr. Weitere Gesellschaftsspiele sind: Fichte 23 I gegen Wuppertal um 15 Uhr im Reinickendorf, Hauptstraße; Wuppertal (Wupp.) gegen Groß-Berlin-Zentrum um 10 1/2 Uhr in Reinickendorf, Grenzallee; Schmorndorf-Kurzer gegen Fichte-Nord um 16 Uhr in Schmorndorf, Pommesplatz, und Wittenberg-Frauen gegen Sparta um 15 Uhr in Wittenberg.

Briefkasten der Redaktion.

E. E. H. Wein. — G. R. L. Wein. Es darf sich aber nur um Dienstleistungen handeln. 2. Es gilt nur der neue Vertrag. — G. W. 106. Koch. — E. G. 65. 1. Gegen den abgelehnten Beisitz gibt es kein Rechtsmittel. 2. Es wird die Jubiläumsgemeinde gewährt. — Marie III. Die Abmeldung ist nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig. Sie hat spätestens am 15. eines Monats zu erfolgen.

Das bayrische Alpenmilch ist wegen seiner Alpenmilch berühmt. Das beste und beste der Bergmilch gibt der Milch das wundervolle Aroma, das auch in der „frischen Milch“ wiederfindet. Denn die „frische Milch“ die neue bayrische Kernmargarine, ist mit Alpenmilch und Vitaminen beaufschlagt.



Das sind die wahren Lux Seifenflocken!

Wie alles Bewährte haben auch die Lux Seifenflocken viele Nachahmer gefunden. Es gibt für Lux Seifenflocken keinen Ersatz zur Pflege und Reinigung aller zarten Gewebe.

Lux Seifenflocken werden nie offen verkauft! Achten Sie auf die blaue Originalschachtel.

Normalpackung 50 Pfg. Doppelgroße Packung 90 Pfg.

SUNLICHT Mannheim.

L. 126.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig in den Niederlagen:



Zions-Apotheke Berlin N 81, Anklamer Straße 39. Adler-Apotheke Berlin - Friedenan, Rheinstraße 16. Friedrich-Wilhelm-Apotheke Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106. Heeges-Apotheke Berlin O, Gubener Straße 83. Schweizer-Apotheke Berlin W 8, Friedrichstraße 178. Rosen-Apotheke Eichwalde-Berlin Das Pfarrer Heumanns-Buch (272 Seiten, 180 Abbildungen) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. 45.



Der Tee der neuen Ernte ist hervorragend ausgefallen und entzückt jeden Kenner. Jetzt ist die richtige Zeit zum Einkauf!

Auch auf Zuntz-Tee Gusscheine zum kostenlosen Bezug von Karlsbader Kaffeemaschinen laut Gratisscheift „Die Kunst des Kaffeekochens“

A. Zuntz sel. Wwe. Begr. 1837

Das silberne Service.

Von Anatoli Coni.

Diese charakteristische Episode ist dem 1. Bande der Memoiren des kürzlich verstorbenen Petersburger Chronisten Anatoli Coni entnommen.

In den vierziger Jahren herrschte über dem Apraxin-Markt in Petersburg der Polizeiviertelvorsteher Scherstobitow — ein stadtbekannter Mann von unermeßlichen Geistesgaben. Er liebte es, in seinem Damastschafrock gekleidet, der Mütze zu pflegen und auf seiner Gitarre Romanzen zu klingen, während der Kanarienvogel im Bauer seine Triller dazu schmetterte. Ich, Iwan Dmitrijewitsch Butilin, war sozusagen sein Adjutant, — und es ist lustig, daran zu denken, was für Dinge wir beide zuweilen aufstellten. Eines Tages löst er mich zu sich rufen und erklärt mir: „Weißt du, Iwan Dmitrijewitsch, mir scheint — Sibirien bleibt uns beiden nicht erspart!“ — „Wieso Sibirien?“ frage ich. — „Deshalb, mein Lieber, weil bei dem französischen Botschafter, dem Herzog Montebello, ein silbernes Service verschwunden ist und weil unser Kaiser Nikolai Pawlowitsch dem Oberpolizeimeister Galachow befohlen hat, das Service zu finden. Galachow aber hat mir und dir den Befehl erteilt, den Raub unbedingt herbeizuschaffen, sonst — sagt er — jag' ich euch beide dorthin, wo der Pfeffer wächst.“ — „Wozu denn gleich mit dem Pfeffer drohen — vielleicht finden wir das Service auch so.“

Wir machten eine Kozzia auf das Diebgesindel, unterzogen alle einem Verhör — nein, niemand hatte den Diebstahl verübt. Uebrigens nahmen die Kerle selber unter sich eine regelrechte Untersuchung vor — besser als unserne. Sie bewerteten: „Iwan Dmitrijewitsch, gottlob, wir wissen doch, was das für'n Ding ist. Wir sind bereit, durch einen Kuß auf das Heiligenbild zu schwören, daß wir dieses Service nicht geklaut haben!“ — „Was tun? Wir berieten uns mit Scherstobitow und wußten nicht ein noch aus — da legte jeder sein Scherflein zusammen und für die Summe bestellten wir bei Saksitow ein neues Service genau nach den Mustern und Zeichnungen, die den Franzosen verblieben waren. Als das Service fertig war, trugen wir's sofort auf die Feuerwehrrunde, damit die Feuerwehrleute es tüchtig mit den Jähnen bearbeiteten: denn es mußte so aussehen, als ob's in Gebrauch gewesen wäre. Wir erstatteten das Service den Franzosen zurück und warteten nun auf unsere Belohnung.“

Da plötzlich löst mich Scherstobitow rufen. — „Nun, Iwan Dmitrijewitsch — sagt er —, jetzt ist uns Sibirien totlicher.“ — „Nanu, warum denn?“ frage ich. — „Daher — sagt er —, weil Galachow mich heute zu sich befehlt, mit den Füßen trampelte und mich mit den ungläublichsten Schimpfworten angeschauzt hat: „Wenn du und der Butilin schon die richtigen Gauner seid, so gaunert wenigstens so, daß ihr mich nicht dabei hereinlegt. Gestern auf dem Hofball im Palais fragt der Kaiser den Montebello: „Na, sind Sie mit meiner Polizei zufrieden?“ — „Außerordentlich, Euer Majestät,“ erwidert er, „Euer Majestät Polizei hat nirgends ihresgleichen. Am Morgen schaffte sie mir das von ihr gefundene Service zur Stelle, und abends vorher gestand mein Kammerdiener, er habe eben dasselbe Service einem Ausländer verpfändet, der sich insgeheim mit solchen Geschäften befaßt, und wies mir als Beleg die Quittung vor.“ — „So daß ich also jetzt zwei Service besitze.“ Da haben wir nun unser Sibirien, Iwan Dmitrijewitsch!“ — „Ach, wozu gleich Sibirien — sage ich —, aber immerhin, die Sache steht faul.“ — Er spielte ein wenig auf der Gitarre, wir hörten dem Kanarienvogel zu und beschloßen sofort zu handeln.“

Wir ließen austauschhaften, was der Botschafter im Augenblick machte. Man meldete uns, daß er gerade dabei sei, mit dem Kaiserwittwen-Thronfolger zur Jagd zu fahren. Ich ließ schleunigst zu einem mir bekannten Kaufmann am Apraxin-Markt, der die Waren für die Botschaft zu liefern pflegte und daher das ganze Dienpersonal gut kannte. — „Sag mir, mein Teurer, wann ist dein Geburtstag?“ — „Nach einem halben Jahre.“ — „Kommst du zu deinen Geburtstag vielleicht schon übermorgen feiern und alle Dienstboten der französischen Botschaft dazu einladen, — für die Bewirtung sorgen wir.“ Na, er hat ja immer unsere Karte gehalten, und so sagte er auch ja. Wir veranstalteten bei ihm einen großartigen Ball. Es ging hoch her. In der Morgenröthe mußten alle per Droßke nach Hause geschickt werden: die Franzosen waren ganz von Sinnen — sie konnten kaum den Eingang ihres Hauses finden und brummen vor sich hin. Bitte, ihr müßt nicht glauben, daß dem Wein etwa ein betäubendes Pulver oder Kraut beigelegt war. Nein, der Wein war rein, aber die Franzosen sind nun mal schwächliche Leute: ein kräftiger Trunk wirft sie sofort um. Um 3 Uhr nachts fand sich der Dieb Bescha ein. Das war ein Mensch, — sag ich euch, eine Seele von Mensch! Ein goldenes Herz, sanftmütig, dienstfertig und von einer Geschäftlichkeit, wie ich sie sonst bei keinem gesehen habe. Er sah fast ununterbrochen im Kleiden und genoss unser vollstes Vertrauen. Das war keiner von der Sorte der heutigen Diebe! Er ruhe sanft in Gottes Schoß! Er kam also und brachte einen Sack mit. „Da seht — sagte er —, zählt mal nach, ich glaub', es ist alles!“ Wir zählten mit Scherstobitow die Sachen nach: zwei Köffel mit eingraviertem Wappen zweif. „Worum hast du das gemacht, Jaska? Warum hast du Ueberflüssiges mit eingesteckt?“ — „Ich konnte mich nicht im Saume halten,“ sagt er.

Am nächsten Tage fuhr Scherstobitow zum Oberpolizeimeister Galachow und sagte ihm: „Erbarnten Sie sich, Euer Hohe Exzellenz, es sind ja gar keine zwei Service da. So wie's mir eins gab, so gibt's auch jetzt nur eins. Und diese Franzosen sind ja bekanntlich ein leichtsinniges Volk, dem man nicht aufs Wort glauben darf.“ — Einen Tag später kehrte der Botschafter von der Jagd heim. Er steht und staunt: wieder steht nur ein Service da, und das ganze Dienpersonal ist noch grün und blau von der Zecherei und stößt mit den Köpfen gegen die Türpfosten. Der Botschafter spuckte auf die ganze Sache und sprach zu keinem mehr davon.

Krihe-Krage.

Von Max Dortu.

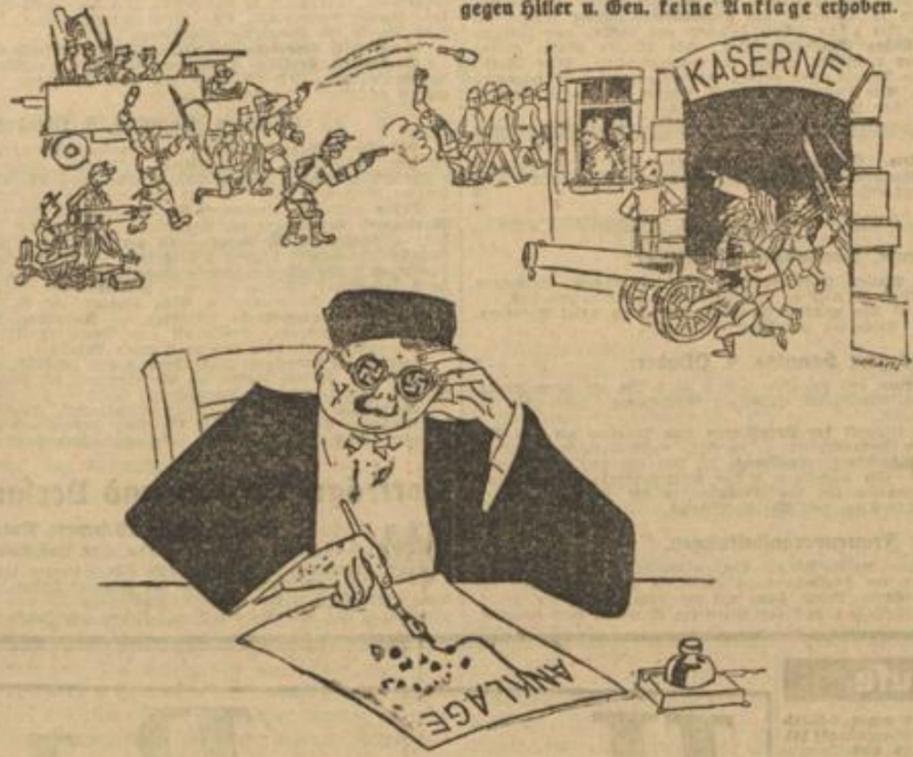
Krihe-Krage war glücklich. Ueberglücklich war Krihe-Krage. Drei hochgefüllte Nester, aufgefüllt mit Lebensmitteln, nun möge der Winter kommen.

Krihe-Krage war ein Eichhägen. Ein lauberes Eichhägen. Ein schönes Eichhägen, wie es kein schöneres im ganzen Bergwalde gab. Sein Nest war rothbraun, seine Augen wie blanke schwarze Perlen — und sein Schweiß war eine rote Fahne, die es stolz aufrecht trug. Anders, als der große Schleiher des Waldes, als der listige Fuchs, der da seine Fahne immer gefenkt hält, und sie durch allen Dreck und Spieß schließt.

Krihe-Krage war mein Freund. Es kannte mich ganz genau.

Münchener Justiz.

Wegen der Vorgänge am 1. Mai 1923 wurde gegen Hiller u. Gen. keine Anklage erhoben.



Der Staatsanwalt: „Woran liegt es nur? — Ich vermag keine strafbare Handlung zu sehen!“

Kam ich in sein Waldquartier, dann hatte es mich bald entdekt. Hinter irgendeinem Baumstamm erscholl plötzlich ein lustiges Schürschurruu, und dann hörte ich, wie seine Pfötchen mit den scharfen Krallen in die Rinde des Baumes einschlugen: krihe-krahe — und oben am Ast schaute das kluge Köpfchen Krihe-Krages auf mich herab. Das Köpfchen so lustig, so scheinisch, die blanken spitzbüchischen Augenperlen, die dreieckigen Drehräder steil, mit den schwarzen Frankelecken und Wäulchen wie ein Affengesichtchen — und dann, huch — im Gleitsprung auf einen anderen Baum hinüber. Rief ich: Ei, Krihe-Krage, wo bist du denn hin, ich sehe dich nicht, dann warf es vom hohen Fichtenbaum einen Lannenzapfen auf mich herab. Und krihe-krahe, schür-schurruu, ging's schon wieder auf einen anderen Baum. Hier war es, da war es, es begleitete mich auf meinen Gängen durch den Wald. Jawohl, Krihe-Krage war mein Freund. Wir verstanden uns, wir hatten die gleiche Liebe: den Wald!

Und Krihe-Krage ist nun glücklich, überglücklich, es hat drei volle Winterester. Eines droben in der schwarzen Krone des alten Kieferbaumes. Eines in die Rinde des Eichen, wo der Ast einmal einen Ast abriß. Und das dritte Nest hat Krihe-Krage im Ahornbaum. Nun möge der Winter kommen. Krihe-Krage wird nicht hungern. Da sind Haselnüsse und Eicheln in den Nestern. Früchte des Waldes. Aber Krihe-Krage hat auch 'n bißchen gestohlen, drüber im Schloßpark, bei den Bainsbäumen und bei den Edelkastanien — auch deren Früchte sind in Krihe-Krages Nestern.

Der Schloßpark mit dem alten Ritterbau, einst ein hochfeudaler Edelsitz, jetzt der Besitz eines großstädtischen Finanzbarons, der sich neben den alten Ritterbau ein blitzblankes Landhaus bauen ließ. Ja, Krihe-Krage hatte gestohlen, Walnüsse und Edelkastanien — aber wie hatte es gestohlen, hier kommt's drauf an, unter Einwirkung seines Lebens hatte es gestohlen: die Walnüsse und die Kastanien. Die große Gefahr war der Wächter der Donner, oder besser: der Jäger des Schlosses! Biff-Paff, hatte es gemacht — und ein armes Brüderchen oder Schwesterchen war tot. Ein halbes Duzend rotbraune Geflossen hatte der Jäger dem Krihe-Krage abgeschossen, die Hunde hatten die toten Eichhägen gefressen. Aber Krihe-Krage hatte Glück gehabt, es war klug, es war flink, flinker als die Bißche des Jägers, Krihe-Krage lacht: Schür-schurruu! Krihe-Krage!

Und wie war's denn eigentlich, für wen ließ Altmutter Natur die Nüsse und Kastanien machen? Sicher zunächst für die Eichhägen. Die Menschen hatten ja noch andere Nahrung. Für die Menschen waren ja die Nüsse nur Raschereien. Für Krihe-Krage aber waren sie das Fleisch zu den Kartoffeln der Lannenzapfen. So dachte das Hirnchen des Krihe-Krage mit logischer Richtigkeit. Aber sein kleines Herzchen fühlte über die Habgier der Menschen doch keinen Haß, dazu war es viel zu edel und rein. Es liebte ja mich, und ich war doch auch ein Mensch, auch einer von der allergrößten Raubtierpezes. Ach, die Tiere sind viel edler als wir! Sie leben — und lassen leben. Wir? Wir morden aus Habgier.

Krihe-Krage, das aber war dein Unglückstag, du machtest dem Schloßpark noch einmal einen letzten Besuch, du wolltest im Wäulchen noch zwei Walnüsse davontragen, die sollten dann sicher die letzten sein — und bei diesen letzten geschah das Unglück: Biff-Paff, der Jäger hatte abgedröhnt, Krihe-Krage ließ vor Schreck die Nüsse fallen — es empfand Schmerz, in den Vorderpfoten, es humpelte davon — es war im Walde, nun schnell den Fichtenbaum hinauf — aber, o weh!, es ging nicht mehr krihe-krahe: das Schrot des Jägers hatte die beiden Vorderpfötchen des armen kleinen Eichhägens zerschmettert. Die scharfen Krallen hatten keine Sehnen mehr, die Sehnen waren zerrissen. O wehe, wehe, Krihe-Krage. Was nun?

Krihe-Krage vertrocknete sich, mühsam hatte es sich bis zum morschen Eichbaum geschleppt, der unten halb ausgefaßt ist, da hinein kroch Krihe-Krage. Und es mußte nun die Nacht über beim lauten Holzeisen, statt oben im windgeschaukelten Nest, das mit Moos so sehr warm ausgebetet war, und seine gute Vorratskammer enthielt. Und hier unten, bei dem grün phosphoreszierenden Holze, da hieß es nun hungern.

Hungerte Krihe-Krage? Ach nein. Der Schmerz spürte es keinen Hunger. Mit seiner kleinen schwarzrosigen Zunge leckte es an den zerstückten Pfötchen, die waren noch schwarzgeronnenen Blute ganz hart geworden, verschollen waren sie. Es half aber kein Leben mehr, was kaputt war — das war für immer dahin. Armes Krihe-Krage, mein Weibling, auch all dein sommerlicher Fleiß war dahin, umsonst hattest du in deine drei Nester eingekerkert, ich sollte dich nie wiedersehen.

Eine Woche lang sah Krihe-Krage nun schon in der Höhle des faulen Eichbaums. Seine Seele wollte den Körper verlassen. Die Tierseele schickte sich an zur letzten Reise, dahin: wohin auch die Menschenseelen fahren, ans Herz der Altmutter Natur.

Krihe-Krage war im Sterben ohne Haß und ohne Zorn. Es erlebte wie im Traume noch einmal all die Schönheit seines freien

Waldlebens. Es hörte das Rauschen in den Nipfeln der Bäume. Es sah den rosigen Sonnenaufgang. Es hörte den Gesang der Vögelin und den Gesang der Quelle. Es freute sich an den Korallen der roten Tollkirche. Und mit ganzem Herzen war es bei dem sozialistischen Fleiß der braunen Ameisenwölcker. Das war Krihe-Krages letztes Fühlen.

Der Raub hatte dem Fuchse verraten, was da unten in der Höhlung des halbverfaulten Eichbaumes los sei. Und der Fuchs, dieser listige Schleiher des Waldes — der hatte seine Mähzettel gehalten — er fraß die todesranke Krihe-Krage auf.

Nur den Schweiß, diese schöne rote Fahne, die Krihe-Krage immer so stolz aufrecht trug, den ließ er liegen. Ich habe diese Fahne gefunden. Und nebenbei fand ich auch die beiden schwarzverquollenen zerschossenen Pfötchen, auch die hatte der Fuchs nicht gemacht. Ich steckte den Schweiß meines Freundes Krihe-Krage und seine Pfötchen in meine Tasche. Und dann ging ich dahin, wo die sturmgeplagte Fichte liegt. Da habe ich lange gewartet. Und wenn ich euch sage, daß ich gemeint habe — dann werdet ihr mir sagen: daß ich ein großer Narr sei!

Wie man ein Schiff verhaftet. Die Vorstellung ist seltsam, daß man ein Schiff verhaften könnte wie einen Menschen. Aber eine solche Verhaftung kommt vor, wenn man das Fahrzeug auch freilich nicht mit Handschellen fesseln und auf die Polizei schleppen kann. Jedoch gibt es auch Gefängnisse für Schiffe, denn manche große Häfen haben ein besonderes Dock, in dem verhaftete Schiffe festgemacht und in sicherem Gewahrsam gehalten werden, bis der Eigentümer sie auslösen kann. Im allgemeinen jedoch geht es bei der „Verhaftung“ eines Schiffes nicht so zu. Der Polizeibeamte kommt an Bord, weist dem Kapitän seinen Verhaftungsbefehl vor und nagelt das Dokument an den Mast. Das Schiff ist dann ein Gefangener und darf sich nicht mehr aus dem Hafen fortbewegen. Noch häufiger vollzieht sich freilich die Beschlagnahme eines Schiffes durch einen Gläubiger in der Weise, daß einfach die Beschlüsse an dem Fahrzeug so lange auf ihn übertragen werden, bis der Schuldner seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Weigert sich ein Kapitän, den Anordnungen des Polizeibeamten zu gehorchen, gibt er Vollmacht, um das freie Meer zu gewinnen und sich dem Arm des Gesetzes zu entziehen, dann kann der Beamte sofort die Hafenspolizei zu seiner Hilfe herbeirufen. In England sind solche Verhaftungen besonders häufig, denn nach englischem Gesetz hat jeder, der irgendwelche Dienste auf dem Schiff verrichtet hat, das Recht, die Bezahlung von dem Besizer zu fordern und sich, falls er nicht befriedigt wird, direkt an das Schiff zu halten. Wer also eine Forderung an den Eigentümer besitzt, kann Instrumente, Segel, Ausrüstungsgegenstände aller Art beschlagnahmen, und wenn die Forderung groß genug ist, das ganze Schiff für sich in Anspruch nehmen. Es kommt nicht selten vor, daß ein Schiff, das die ziemlich hohen Benutzungskosten des Docks in einem Hafen nicht bezahlt, angehalten wird, wenn es ausfahren will, und nun als Gefangener in dem Dock verbleibt. Auch wegen einer allzu großen Ladung, die die Vorschriften überschreitet, oder wegen Betrübereien bei der Versicherung werden Schiffe verhaftet. Ein Fahrzeug, das auf hoher See irgendein Verbrechen begeht, indem es ein anderes Schiff beschädigt, wird sofort bei der Seepolizei gemeldet und kann überall da nach englischem Gesetz verhaftet werden, wo es sich auf eine Entfernung von 5 Kilometern irgendeinem Hafen des englischen Weltreiches nähert.

Elektrische Abstimmung. Der Finnische Reichstag bemüht sich, technisch das moderne Parlament in Europa zu werden. Schon im vorigen Jahre wurden im Pienarsaal mehrere Radioempfänger installiert, um den Verlauf der Reichstagsverhandlungen zu übertragen. Inzwischen hat man eine neue Anlage installiert, durch die künftig die Abstimmungsergebnisse auf elektrischem Wege festgestellt werden. Am Puls eines jeden Abgeordneten sind zwei Kontakte angebracht, ein Ja-Kontakt und ein Nein-Kontakt. Diese Kontakte sind durch Leitungen mit einem elektrischen Zählapparat verbunden, der sich am Pulte des Reichstagspräsidenten befindet. Außerdem verfügt der Präsident über einen Kontakt, der eine grüne Signallampe entzündet, die für alle Reichstagsabgeordneten sichtbar ist. Die Einschaltung dieser Lampe bedeutet den Anfang einer Abstimmung. Die Reichstagsabgeordneten drücken dann ihrerseits entweder auf den Ja- oder Nein-Kontakt; eine kleine Birne zwischen den beiden Kontakten zeigt durch Aufleuchten, daß der Zählapparat die Stimmen notiert hat. Werden beide Knöpfe gedrückt, so bedeutet das Stimmenthaltung. Die Möglichkeit, bei einer Abstimmung mehrere Stimmen durch eine Person abzugeben, besteht nicht. Ist die Abstimmung vorbei, dann leuchtet der Reichstagspräsident durch einen weiteren Kontakt an seinem Pult den elektrischen Zähler in Bewegung. Er gibt im Verlaufe einer Minute auf einer leuchtenden Tafel das Gesamtergebnis der Abstimmung allen Abgeordneten sichtbar zu erkennen.

